

APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

12/2006 · 20. März 2006



Bürgerschaftliches Engagement

Brigitte Geißel

Kritische Bürgerinnen und Bürger – Gefahr für Demokratien?

Thomas Gensicke

Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland

Eckhard Priller · Annette Zimmer

Dritter Sektor: Arbeit als Engagement

Reinhard Fatke · Helmut Schneider

Sigrid Meinhold-Henschel · Martin Biebricher

Jugendbeteiligung – Chance für die Bürgergesellschaft

Holger Backhaus-Maul

Gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen

Editorial

Die „Qualität“ einer modernen Zivil- oder Bürgergesellschaft lässt sich unter anderem daran messen, wie stark sich deren Bürgerinnen und Bürger am öffentlichen Leben und am demokratischen Prozess beteiligen. Untersuchungsergebnisse belegen für Deutschland eine Zunahme freiwilligen gesellschaftlichen Engagements, das sich in vielfältigen Formen – Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und aktive Beteiligung in informellen Gruppen, in Vereinen, Verbänden, Organisationen oder Einrichtungen – niederschlägt. Dabei fallen neben regionalen auch sozialstrukturelle Unterschiede ins Auge. Engagierte Bürgerinnen und Bürger zeichnen sich meist durch ein höheres Bildungsniveau und entsprechende berufliche Positionen aus und gehören zu einem hohen Prozentsatz der Altersgruppe der 40- bis 59-Jährigen an.

Zwischen bürgerschaftlichem Engagement, sozialer Integration und Partizipation besteht ein enger Zusammenhang: Wer sich stärker für Politik interessiert und sich mit dem demokratischen System identifiziert, ist in der Regel besser in die Gesellschaft integriert und verfügt über größere Chancen der politischen Information, Kommunikation und Teilhabe. Kritische Einmischung stellt dabei keine Gefahr für die Demokratie dar. Wissenschaftler sehen darin vielmehr eine zentrale demokratische Ressource.

Eine stabile Basis bürgerschaftlichen Engagements ist der Dritte Sektor: das breite Spektrum gemeinnütziger bzw. zivilgesellschaftlicher Organisationen. Dieser bietet eine wesentliche Plattform für freiwilliges Engagement und wird von diesem getragen. Zugleich ermöglicht er den ehrenamtlich Tätigen Übergänge in Erwerbsarbeit und ist damit ein wichtiger arbeitsmarktpolitischer Faktor.

Katharina Belwe

Brigitte Geißel

Kritische Bürgerinnen und Bürger – eine Gefahr für Demokratien?

Politische Unterstützung gilt in der Regel als eine wichtige Ressource für die Stabilität von Demokratien.¹ Nur wenn die Bürgerinnen und Bürger ein demokratisches System ausreichend unterstützten, würden sie Regeln und Normen einhalten, und das System könne gut funktionieren.² Ein über

Brigitte Geißel

Dr. phil., Dipl.-Pol., geb. 1962;
Wissenschaftliche Angestellte
am Wissenschaftszentrum
Berlin für Sozialforschung
(WZB), WS 04/05 Vertretungs-
professur an der Universität
Münster.
geissel@wz-berlin.de
www.wz-berlin.de/zkd/zcm/
leute/geissel.de.htm

Wahlperioden hinweg andauernder Verlust an politischer Unterstützung würde demokratische Institutionen schwächen, den Glauben an die Demokratie untergraben und schließlich unweigerlich zu ernsthaften Krisen oder sogar Zusammenbrüchen führen. Unterstützung galt deshalb als unentbehrliche staatsbürgerliche Tugend und stand – mit einigen wenigen Ausnahmen³ – bis in die achtziger Jahre im Zentrum der Forschung.

Seit den neunziger Jahren setzte sich die Vorstellung von Kritik als Ressource für (die Weiterentwicklung von) Demokratien immer stärker durch. Kritik wird heute seltener als Krisenindikator und Bedrohung von Demokratie, sondern als Antriebskraft und Stimulus für politische Reformen interpretiert.⁴ Demokratische Systeme entwickelten sich weiter, wenn kritische Bürgerinnen und Bürger die Umsetzung demokratischer Ideale einforderten und für institutionelle Reformen kämpften. Entsprechende Forderungen hätten beispielsweise zur Ausweitung des Wahlrechts in allen Demokratien geführt sowie zur Beschränkung der Macht von Eliten (beispielsweise des House of Lords in Großbri-

tannien). Ohne kritische Bürger würden sich Korruption, Selbstbereicherung und andere Formen der Misswirtschaft unter dem politischen Führungspersonal ausbreiten.⁵ Die gegenwärtige politische Kritik sei ein historischer Schritt für die nächsten Verbesserungen demokratischer Institutionen und Prozesse.⁶

Dimensionen politischer Kritik

Was aber ist unter politischer Kritik zu verstehen? Der Begriff „Kritik“ ist facettenreich und wird in der Literatur keineswegs einheitlich angewandt. Die meisten Studien definieren Kritik als *Unzufriedenheit*.⁷ Menschen, die mit dem Führungspersonal oder dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden sind, werden als kritisch bezeichnet. Aus dieser Unzufriedenheit werden euphorische, weit reichende Schlüsse gezogen: Unzufriedene Bürger gelten als Hoffnungsträger. Sie seien ein Indikator für die politische Qualität und politische Wachsamkeit der Bürgerschaft.⁸

¹ Vgl. David Easton, *A Systems Analysis of Political Life*, New York u. a. 1965.

² Vgl. z. B. Russell J. Dalton, *Democratic Challenges, Democratic Choices. The Erosion of Political Support in Advanced Industrial Democracies*, Oxford 2004, S. 159.

³ Vgl. Paul M. Sniderman, *A Question of Loyalty*, Berkeley u. a. 1981; Geraint Parry, *Trust, Distrust, and Consensus*, in: *British Journal of Political Science*, (1976) 6, S. 129–142; s. auch Bettina Westle, *Politische Folge- und Kritikbereitschaft der Deutschen*, in: *ZUMA-Nachrichten*, 21 (1997) 41, S. 100–126; Pippa Norris, *Critical Citizens: Global Support for Democratic Governance*, Oxford 1999.

⁴ Vgl. P. Norris (ebd.).

⁵ In politischen Debatten der Bundesrepublik hatte der Terminus „kritischer Bürger“ seinen Zenit bereits in den achtziger Jahren überschritten. Vor allem in linksorientierten, bildungspolitisch interessierten Gruppen war der „kritische Bürger“ in den sechziger und siebziger Jahren eine wichtige Zielorientierung. In der internationalen Forschung wurden „critical citizens“ erst in den neunziger Jahren prominent und empirisch untersucht.

⁶ Vgl. Russell J. Dalton, *Citizen Politics: Public Opinion and Political Parties in Advanced Industrial Democracies*, New York u. a. 2002, S. 253.

⁷ Vgl. Richard I. Hofferbert/Hans-Dieter Klingemann, *Democracy and Its Discontents in Post-Wall Germany*, Berlin, Discussion Paper FS III 00–207, Wissenschaftszentrum Berlin (WZB), Berlin 2000; Oskar Niedermayer, *Bürger und Politik. Politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen. Eine Einführung*, Wiesbaden 2001, S. 91.

⁸ Beispielsweise wird vermutet, dass Unzufriedenheit „may indicate nothing more than the reasonable, heal-

Doch sind unzufriedene Bürger per se politisch wachsame und aufmerksame Demokraten? Ist Unzufriedenheit nicht auch als Reaktion auf einen unbefriedigenden politischen Prozess zu interpretieren? Eine große Anzahl an unzufriedenen Bürgerinnen und Bürgern wäre dieser Sichtweise zufolge eher ein Beleg für ein schlecht funktionierendes demokratisches System, diente aber kaum als Nachweis für eine besonders wachsame, kritikbereite, demokratische Bürgerschaft.

Die Vermischung der normativen wachsaamen Kritikbereitschaft mit der tatsächlichen Unzufriedenheit erschwerte bislang die Analyse des komplexen Konstrukts „politische Kritik“. Erst die Trennung der tatsächlichen Bewertung (Unzufriedenheit bzw. Zufriedenheit) von der normativen Verhaltensdisposition (Kritik- bzw. Nichtkritikbereitschaft) ermöglicht es, politische Kritik differenzierter zu verstehen.

Offen bleibt die Frage, ob kritikbereite Personen tatsächlich eine Gefahr für die Demokratie darstellen oder ob sie eine Ressource sind. Wie kann diese These empirisch überprüft werden? In dem vorliegenden Beitrag wird analysiert, ob kritikbereite oder nicht kritikbereite Bürger besonders demokratieförderliche Profile aufweisen. Wenn sich beispielsweise herausstellen würde, dass kritikbereite Bürger häufig politisch entfremdet oder uninformiert sind, so wären sie als demokratische Gefahr zu bezeichnen.

Politische Kritikbereitschaft: Typologie der Studie

Unter Kritikbereitschaft verstehe ich die normative Disposition, sich mit politischen Sachverhalten auseinander zu setzen.¹⁹ Ein kritikbereiter Bürger postuliert somit politische Wachsamkeit als integralen Bestandteil seines Staatsbürgerkonzeptes. Es wäre natürlich möglich, dass die Bürgerinnen und Bürger andere Gründe haben für das aufmerksame Beobachten von Politik, beispielsweise verfolgen manche das politische Geschehen vielleicht nur, weil sie sich explizit für ein bestimmtes Gesetz interessieren. Kritikberei-

thy wariness of attentive democratic citizens“; R. Hofferbert/H.-D. Klingemann (Anm. 7), S. 11.

¹⁹ Vgl. ähnlich B. Westle (Anm. 3).

tschaft wäre für diesen Personenkreis jedoch nicht Teil ihres normativen Staatsbürgerkonzeptes, sondern ein eher zufälliges, situatives Verhalten. Im Rahmen meiner Studie interessieren diese Gründe jedoch nicht, sondern die normative Disposition.

Dabei kann eine Person kritikbereit, aber aktuell mit allen politischen Objekten zufrieden sein. Vice versa setzt die tatsächliche politische Unzufriedenheit keine normative Disposition der Kritikbereitschaft voraus. Auch eine Person, die Folge- und Unterstützungsbereitschaft als wesentliche staatsbürgerliche Tugenden betrachtet, kann mit der realen Situation unzufrieden sein. Sie könnte sich beispielsweise eine Demokratie mit „guten Eliten“ und „guten Institutionen“ wünschen, in welcher eine wachsame, kritikbereite Bürgerschaft unnötig wäre. Ihr Staatsbürgerverständnis schließt normative Kritikbereitschaft nicht ein.

Unzufriedenheit und normative Kritikbereitschaft, also Realitätsurteil und Verhaltensdisposition, können somit sowohl aneinander gekoppelt sein als auch unabhängig voneinander existieren. Da vermutlich nur jene Bürgerinnen und Bürger eine demokratische Ressource darstellen, welche ein demokratisches System bevorzugen, werden weiterhin die Regimepräferenzen berücksichtigt. So ergeben sich insgesamt *drei Typen*: neben den Personen mit undemokratischer Systempräferenz zwei Typen mit demokratischer Präferenz – die Kritikbereiten und die Nichtkritikbereiten.

Die zentrale Frage dieses Beitrages lautet, ob kritikbereite Bürger bezüglich ihrer Profile eine demokratische Ressource oder eher eine Gefahr darstellen. Um diese Frage beantworten zu können, muss zunächst diskutiert werden, welche Einstellungen als demokratische Ressource betrachtet werden können.

Ideale Merkmale demokratischer Bürgerinnen und Bürger

Debatten über die idealen Merkmale eines „guten“ Bürgers und einer „guten“ Bürgerin sind so alt wie die Diskussion um die Demokratie. Viele politische Philosophen, Sozialwissenschaftler und nicht zuletzt Bildungsexperten versuchten seit über zwei Jahrtausend

den, Merkmale eines „homo democraticus“ und einer „femina democratica“ normativ zu setzen, empirisch zu erfassen oder didaktisch umzusetzen. In der Literatur werden unterschiedliche „gute“ Eigenschaften genannt, beispielsweise Patriotismus, ausgewogene psychische Struktur, Gesetzestreue, Rücksichtnahme, Gemeinwohlorientierung oder Sozialkompetenz.¹⁰ Viele dieser Merkmale sind jedoch nicht unbedingt als demokratische Ressourcen zu betrachten, sondern entsprechen den idealen Bürgermerkmalen auch in nichtdemokratischen Systemen. Beispielsweise kann Patriotismus durchaus undemokratische Züge annehmen. Auch Eigenschaften wie Gemeinwohlorientierung dürften die Funktionstüchtigkeit der meisten politischen Systeme stärken und können nur bedingt als speziell förderlich für Demokratien bezeichnet werden. In demokratischen Systemen müssten spezifische Merkmale eine Rolle spielen, die nur dort notwendig und funktional sind.

Über diese idealen *demokratieförderlichen* Merkmale eines Bürgers besteht nur partielle Einigkeit. Denn unterschiedliche Demokratieideale bedingen Differenzen bei den Vorstellungen vom Idealbürger. Die folgende Diskussion bezieht sich aus heuristischen Zwecken auf zwei zentrale Theorietraditionen: die repräsentations- und die partizipationsorientierte.

Theorien, die vor allem die repräsentativen Elemente von Demokratie betonen, fokussieren die idealen Charakteristika und Aufgaben des politischen Führungspersonals. Sie stellen gleichwohl klare Anforderungen an ideale demokratische Bürgerinnen und Bürger. Joseph A. Schumpeter, einer der bekanntesten Vertreter dieser Richtung, beschreibt als eine der Bedingungen für den Erfolg der „demokratischen Methode“, dass die Wählerschaft auf „hohem intellektuellem und moralischen Niveau“ sein müsse, um „gegen Angebote von Schwindlern und Querulanten gefeit zu sein“.¹¹ Wähler sollen zumindest so gut informiert sein, dass sie eine sinnvolle Auswahl

des politischen Führungspersonals treffen können. Gute demokratische Bürgerinnen und Bürger vollziehen weiterhin den Wahlakt, kümmern sich aber dann bis zur nächsten Wahl nicht mehr um Politik. Als demokratieförderlich gelten somit ein Mindestmaß an politischer Informiertheit, eine hinreichende Identifikation mit der „demokratischen Methode“ sowie ausreichendes politisches Kompetenzbewusstsein für den Gang zur Wahlurne.

Vertreter partizipatorischer Demokratietheorien betonen demgegenüber die Bedeutung einer aktiven, involvierten und informierten Bürgerschaft mit hohem politischem Kompetenzgefühl, die eine starke Identifikation mit dem demokratischen Prozess aufweisen. Als demokratieförderliche Merkmale gelten jene, die geeignet sind, die Anpassungsprozesse des politischen Systems an neue Anforderungen durch eine starke Beteiligung der Bürger zu forcieren. Partizipation, Identifikation mit Demokratie und Politik, Informiertheit und Kompetenzbewusstsein entsprechen diesem Anspruch.

Ähnliche ideale Merkmale von Bürgern in Demokratien lassen sich auch bei den „Vätern“ der politischen Kulturforschung Gabriel Almond und Sidney Verba finden. Die Autoren betonen, dass „the informed, involved, rational, and active citizen“ häufiger in gut funktionierenden Demokratien zu finden ist als in weniger erfolgreichen: „The passive citizen, the nonvoter, the poorly informed or apathetic citizen – all indicate a weak democracy.“¹²

Demokratieförderliche Merkmale: Auswahl der Studie

In allen Theorien wird davon ausgegangen, dass Demokratien der *Partizipation* bedürfen, zumindest der Teilnahme an Wahlen. Über den Sinn einer weitergehenden Beteiligung herrscht zwar Dissens, aber eine Demokratie, die nur aus politisch passiven Bürgern besteht, wird in keiner Theorie angestrebt. Partizipation erscheint somit als ein Merkmal, das – unter Einschränkungen der demokrati-

¹⁰ Vgl. z. B. Joel Westheimer/Joseph Kahne, Educating the „Good“ Citizen: Political Choices and Pedagogical Goals, in: Political Science and Politics, 37 (2004) 2, S. 241–246.

¹¹ Vgl. Joseph A. Schumpeter, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Bern 1950, S. 467.

¹² Vgl. Gabriel Almond/Sidney Verba, The Civic Culture: Political Attitudes and Democracy in Five Nations, Newbury Park, CA 1963, S. 339.

schen Zielrichtung – als demokratieförderlich betrachtet werden kann. Als zweites Merkmal ist *politische Informiertheit* zu nennen. Die Frage, wie viel politisches Wissen Bürgerinnen und Bürger haben, haben können oder sollen, wird zwar kontrovers diskutiert, aber ein Mindestmaß wird von allen Ansätzen als notwendig für ein demokratisches System erachtet. Ein drittes, in der Literatur weitgehend einheitlich als demokratieförderlich betrachtetes Merkmal, ist eine gewisse *Identifikation* mit demokratischen Prinzipien und „der Politik“. ¹³ Demokratietheorien aller Couleur erachten – in anderen Worten – die Entfremdung der Bevölkerung von Politik und Demokratie als demokratiegefährdend. Viertens ist das politische *Kompetenzbewusstsein* zu berücksichtigen. Eine Bevölkerung mit extrem niedrigem Kompetenzgefühl dürfte Schwierigkeiten haben, sich als Demokratie zu etablieren.

So werden Partizipation, politische Informiertheit, demokratische und politische Identifikation bzw. Nicht-Entfremdung und Kompetenzbewusstsein als demokratieförderliche Einstellungen betrachtet. Die Bereitschaft zur Verteidigung der Demokratie wird diesem Kanon hinzugefügt, da sie in der politischen Bildung immer häufiger als Zielvorgabe genannt wird. ¹⁴

Berechnung und Verteilung der Typen

Die *Systempräferenz* wird anhand der Einstellungen gegenüber zwei undemokratischen Regierungsformen gemessen. Die Daten stammen aus Befragungen in sechs Städten,

¹³ Diese Identifikation wird häufig als identisch mit politischer Unterstützung erachtet und entsprechend mithilfe von Fragen zur politischen Zufriedenheit gemessen. Diese Definition ist mit dem theoretischen Ansatz meiner Studie nicht kompatibel. Ich gehe nicht davon aus, dass politische Zufriedenheit als Zeichen von demokratischer bzw. politischer Identifikation oder vice versa Unzufriedenheit als Zeichen von demokratischer Entfremdung zu werten sind. Vielmehr kann eine vollständige politische Zufriedenheit auf eine Entfremdung von demokratischen Prinzipien hindeuten; vgl. Mitchell A. Seligson/Julio F. Carrion, Political Support, Political Skepticism, And Political Stability in New Democracies. An Empirical Examination of Mass Support for Coup d'Etat in Peru, in: Comparative Political Studies, 35 (2002) 1, S. 58–82.

¹⁴ Vgl. z. B. Joachim Detjen, Die Demokratiekompetenz der Bürger, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, (2000) 25, S. 11–20.

wobei 2000 Bürger interviewt wurden. ¹⁵ Nach dieser Berechnung haben 17 Prozent der Befragten eine Präferenz für ein undemokratisches System. ¹⁶

Die normative *Kritikbereitschaft* wird ermittelt anhand der Bereitschaft zur Wachsamkeit gegenüber Politikern und der Bereitschaft zum Protest gegen ungerechte Vorhaben der lokalen politischen Institutionen. ¹⁷ Die normative Kritikbereitschaft der Befragten liegt insgesamt auf einem recht hohen Niveau; in allen untersuchten Städten und Kreisen überwiegen die kritikbereiten Bevölkerungsgruppen. Unter den Befragten mit einer demokratischen Systempräferenz ist der kritikbereite Typus mit 51,3 Prozent in der Mehrzahl, 22,7 Prozent sind nicht kritikbereit. ¹⁸

Die normative Kritikbereitschaft ist bei den Befragten, welche ein demokratisches System bevorzugen, und jenen, die für ein nichtdemokratisches System plädieren, in ähnlicher Weise vertreten. Sie ist in der Befragungsgruppe nicht an die Präferenz für ein demokratisches System gebunden.

¹⁵ Sie wurden im Rahmen des Projekts „Lokale Eliten“ des SFB 580 „Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch. Diskontinuität, Tradition und Strukturbildung“ an der Martin-Luther Universität Halle-Wittenberg erhoben und von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanziert. Der entsprechende Index wurde gebildet aus den Fragen: „In Krisenzeiten sollten alle Entscheidungen ausschließlich durch eine Person getroffen werden und nicht durch die Abstimmung vieler“ und „Weil das Mehrparteiensystem nur Chaos verursacht, sollten Entscheidungen ausschließlich von einer Partei getroffen werden“. Jene Befragten mit mindestens einer „Stimme zu“-Antwort wurden als „Personen mit undemokratischer Systempräferenz“ kategorisiert.

¹⁶ Ähnlich z. B. Liane von Billerbeck, Feine Risse im Fundament. In Thüringen wächst die Demokratie-Verdrossenheit. Jeder Fünfte hätte nichts gegen eine Diktatur, in: Die Zeit vom 27. 11. 2003.

¹⁷ Der Index wurde gebildet aus den Fragen: „Auch in einer Demokratie hat der Bürger Verpflichtungen gegenüber seiner Stadt/seinem Kreis und den Mitbürgern. Sagen Sie mir bitte, ob Sie die folgenden Aspekte für eine Pflicht der Bürger halten oder nicht. 1.) Gegenüber den lokalen Politikern wachsam sein. 2.) Gegen Vorhaben des Stadtrats/Kreistags, die man für schlecht hält, öffentlich zu protestieren“ (vgl. B. Westle, Anm. 3). Jene Befragten, die beide Fragen mit „Ist eine Bürgerpflicht“ beantworteten, wurden als kritikbereit kategorisiert.

¹⁸ Knapp zehn Prozent der Befragten konnten aufgrund von Missings nicht ausgewertet werden.

Profile und Merkmale der Typen

Unterscheiden sich die Profile der untersuchten Typen? Welche Typen weisen in besonders starkem Maß jene Merkmale auf, welche als demokratieförderlich erachtet werden? Die *Tabelle* gibt einen Überblick über die signifikanten Zusammenhänge zwischen Typen und den demokratiefreundlichen Ausprägungen der ausgewählten Merkmale.

Systematische Unterschiede zwischen den Typen sind in der Tabelle deutlich zu erkennen. Unter den Kritikbereiten sind die ausgewählten demokratieförderlichen Merkmale überdurchschnittlich häufig vertreten, wobei die Unterschiede zwischen den nicht kritikbereiten und den kritikbereiten Demokraten zwischen einem und 14 Prozentpunkten betragen. Partizipation, hier definiert als politisches Engagement über den Wahlakt hinaus, ist bei den kritikbereiten Demokraten am deutlichsten ausgeprägt; 91 Prozent von ihnen sind politisch engagiert. Damit sind sie aktiver als die Nichtkritikbereiten und die Personen mit undemokratischer Systempräferenz. Die Kritikbereiten sind auch am häufigsten bereit, die Demokratie zu verteidigen. Und sie weisen den höchsten Prozentsatz an kenntnisreichen Personen auf. Dasselbe gilt für die demokratische und politische Identifikation. Die Kritikbereiten haben ebenfalls ein höheres politisches Kompetenzgefühl als die anderen Gruppen, wengleich der Unterschied zu den nichtkritikbereiten Demokraten vernachlässigbar ist. Demokratieförderliche Merkmale sind also beim kritikbereiten Typus insgesamt häufiger zu finden als bei den Nichtkritikbereiten sowie bei Personen mit undemokratischer Systempräferenz.

Die Differenzen zwischen den kritikbereiten und den nicht kritikbereiten Demokraten unterscheiden sich dabei sowohl in den neuen als auch den alten Bundesländern kaum. In beiden Teilen Deutschlands weisen die kritikbereiten und nicht kritikbereiten Demokraten jeweils ähnliche Profilunterschiede auf.

Erstaunlich ist auf den ersten Blick, dass auch die Befürworter eines undemokratischen Regierungssystems in hohem Ausmaß zur Verteidigung von Demokratie bereit sind. Möglicherweise haben auch jene Bürger, die ein Einparteiensystem oder eine Dik-

Verteilung demokratieförderlicher Merkmale unter den Typen (Angaben in Prozent)

| | Undemokratische Systempräferenz (N=344) | Kritikbereite Demokraten (N=1 036) | Nichtkritikbereite Demokraten (N=458) |
|---|---|------------------------------------|---------------------------------------|
| Starke Partizipation ¹ | 66 | 75 | 65 |
| Bereitschaft zur Demokratie-Verteidigung ² | 84 | 91 | 77 |
| Gute Informiertheit ³ | 57 | 67 | 62 |
| Starke Identifikation: Demokratie ⁴ | 76 | 88 | 85 |
| Starke Identifikation: Lokale Politik ⁵ | 44 | 70 | 66 |
| Starkes Kompetenzgefühl ⁶ | 55 | 71 | 70 |

1 Der Index wurde gebildet aus den Fragen: „Sind Sie bei der letzten Kommunalwahl wählen gegangen?“ (Ja, Nein), „Haben Sie in den letzten beiden Jahren, also seit Sommer 2000, aktiv in einer politischen Partei mitgearbeitet?“ (Ja, Nein), „Im Folgenden nenne ich Ihnen einige Möglichkeiten, sich politisch zu beteiligen. Sagen Sie mir jeweils, wie häufig Sie sich in den letzten beiden Jahren, also seit Sommer 2000, beteiligt haben: Schreiben von Petitionen oder Eingaben, persönliche Kontakte mit Politikern, Beteiligung in Bürgerinitiativen, Teilnahme an Unterschriftenaktionen, Teilnahme an nicht genehmigten sowie an genehmigten Demonstrationen und das Einleiten von Bürgerbegehren“. Jene Befragten, die neben dem Wahlakt mindestens einen weiteren politischen Aktivitätsposten aufwiesen, wurden als ‚politisch aktiv‘ kategorisiert.

2 „Auch in einer Demokratie hat der Bürger Verpflichtungen gegenüber seiner Stadt/seinem Kreis und den Mitbürgern. Sagen Sie mir bitte, ob Sie die folgenden Aspekte für eine Pflicht der Bürger halten oder nicht: Die Demokratie in Ihrer Stadt/Ihrem Kreis gegenüber ihren Gegnern verteidigen.“ (1= ist eine Bürgerpflicht, 2= ist keine Bürgerpflicht). Befragte, die mit der Ausprägung „ist eine Bürgerpflicht“ antworteten, wurden als ‚bereit zur Verteidigung lokaler Demokratie‘ kategorisiert.

3 Der Index wurde gebildet aus den Fragen: „Kennen Sie den Namen Ihres Oberbürgermeisters/Landrats? Nennung des Namens (richtige/falsche Namensnennung)“, „Nehmen Sie lokale politische Ereignisse und Probleme eher stärker oder eher schwächer wahr?“, „Wenn Sie in einer lokalen Angelegenheit, die Ihnen wichtig ist, Einfluss nehmen und ihren Standpunkt zur Geltung bringen wollen: Welche Möglichkeiten würden Sie dann nutzen?“ (offene Frage). Jene Befragten mit mindestens zwei kenntnisreichen Antworten (Name des Bürgermeisters richtig, Wahrnehmung lokaler Ereignisse, Kenntnis mindestens einer Beteiligungsform) wurden als ‚gut informiert‘ kategorisiert.

4 Gefragt wurde: „Egal, was in der lokalen Politik vorgeht, für mich ändert sich dadurch nichts.“ (1= stimme nicht zu, 2= stimme zu). Diejenigen Befragten, die dieser Aussage nicht zustimmten, wurden der Gruppe mit ‚politischer Identifikation‘ zugeordnet.

5 Die entsprechende Frage lautete: „Für Leute wie mich ist es egal, ob die lokale Politik demokratisch ist oder nicht.“ (1= stimme nicht zu, 2= stimme zu). Diejenigen Befragten, die dieser Aussage nicht zustimmten, erhielten die Bezeichnung ‚demokratische Identifikation‘.

6 Gefragt wurde: „Die lokale Politik ist so kompliziert, dass jemand wie ich nicht versteht, was vorgeht.“ (1= Stimme nicht zu, 2= stimme zu). Bei jenen Befragten, welche diese Aussage verneinten, wurde ein großes politisches Kompetenzgefühl angenommen.

Quelle: SFB 580, Projekt „Lokale Eliten“, eigene Zusammenstellung und Berechnung.

tatur in Krisenzeiten befürworten, ein – wenn auch nicht im wissenschaftlichen Sinn konsistentes – Demokratieverständnis. Eine Verteidigungsbereitschaft bei geringer Informiertheit oder überdurchschnittlicher Entfremdung wird sich jedoch kaum positiv auf die Konsolidierung und Stabilität einer Demokratie auswirken. Allerdings zeigt diese Besonderheit auch, dass die Befragten mit undemokratischer Systempräferenz gesondert und detaillierter ausgewertet werden müssen, als es im Rahmen dieses Beitrags möglich ist.

Typen, Merkmale und soziodemografische Faktoren

Bleiben die Beziehungen zwischen normativer Kritikbereitschaft und den ausgewählten demokratieförderlichen Einstellungen bestehen, wenn soziodemografische Hintergrundvariablen in eine (multivariate) Analyse einbezogen werden? Es ist durchaus denkbar, dass sowohl die normative Kritikbereitschaft als auch Partizipation, Informiertheit usw. auf dieselben Hintergrundvariablen zurückzuführen sind. Vielleicht sind beispielsweise Personen mit hohem Bildungsniveau sowohl kritikbereit als auch politisch informiert, während Personen mit niedrigem Bildungsniveau generell nicht kritikbereit und politisch wenig informiert sind. Zunächst fällt auf, dass das formale Bildungsniveau der demokratischen Kritikbereiten das höchste unter den drei untersuchten Gruppen ist, und Ähnliches gilt für ihren sozioökonomischen Status. Dennoch: Die in der bivariaten Analyse festgestellten Zusammenhänge zwischen normativer Kritikbereitschaft und demokratiefreundlichen Einstellungen verschwinden nicht, wenn soziodemografische Faktoren berücksichtigt werden. Beteiligung, Informiertheit usw. sind also unter den Kritikbereiten mit unterschiedlichen soziodemografischen Merkmalen in ähnlicher Weise verteilt. Gleichgültig, welches Bildungsniveau oder welchen sozioökonomischen Status die kritikbereiten Demokraten aufweisen: Sie sind überdurchschnittlich partizipationsfreudig, informiert, fühlen sich kompetent und wollen die Demokratie verteidigen. Bei den in der Tabelle vorgestellten Beziehungen zwischen Typen und Profilen handelt es sich also nicht um „Scheinkorrelationen“, die Beziehungen

bleiben vielmehr bei einer Kontrolle mit soziodemografischen Daten erhalten.¹⁹

Diskussion und Ausblick

Ausgangspunkt des Beitrages war die Frage, ob kritische Bürgerinnen und Bürger eine Gefahr für die Demokratie darstellen oder ob sie als eine demokratische Ressource gelten können. Während politische Kritik bislang weitgehend mit Unzufriedenheit gleich gesetzt wurde, konzentrierte ich mich auf die normative Kritikbereitschaft, das heißt die als Staatsbürgerideal internalisierte grundlegende Disposition, politischen Sachverhalten wachsam gegenüberzustehen – unabhängig von der tatsächlichen Zufriedenheit. Unter Berücksichtigung der Systempräferenz wurden drei Typen konstruiert: Personen mit undemokratischer Systempräferenz, kritikbereite und nicht kritikbereite Demokraten. Analysiert wurde der Zusammenhang zwischen diesen Typen und folgenden Merkmalen, die in ausgewählten Demokratietheorien als Voraussetzung für eine gut funktionierende Demokratie betrachtet werden: politische Informiertheit, politische Partizipation, demokratische und politische Identifikation, Kompetenzbewusstsein sowie die Bereitschaft zur Demokratieverteidigung.

Die ausgewählten Merkmale variieren deutlich zwischen den kritikbereiten und den nicht kritikbereiten Demokraten. Vor allem die Kritikbereiten weisen demokratieförderliche Profile auf. Im Vergleich mit den nicht kritikbereiten sind die kritikbereiten Demokraten besser informiert, sie partizipieren häufiger, identifizieren sich stärker mit der Politik sowie mit dem demokratischen System und erachten Demokratieverteidigung häufiger als Bürgerpflicht. Die Unterschiede bei den Merkmalsprofilen zwischen den kritikbereiten und den nicht kritikbereiten Demokraten lassen sich sowohl in der etablierten Demokratie Westdeutschlands als auch in der jungen Demokratie Ostdeutschlands feststellen. Diese Merkmalsdifferenzen dürften somit weder eine Besonderheit etablierter noch junger Demokratien sein.

¹⁹ Politische Kritik – Gefahr oder Chance, WZB-Diskussionpaper, Berlin 2006. Vgl. Brigitte Geißel, Kritische Bürger – eine demokratische Ressource?, Manuskript, Berlin 2005.

Die Profilunterschiede zwischen kritikbereiten und nicht kritikbereiten Demokraten verschwinden auch bei der Einbeziehung soziodemografischer Faktoren als Kontrollvariablen nicht. So sind kritikbereite Demokraten *aller* sozioökonomischen Statusgruppen überdurchschnittlich partizipationsfreudig und zur Demokratieverteidigung bereit.

Eine Gefahr scheint vom kritikbereiten Typus kaum auszugehen. Es gibt keinerlei Hinweise, dass Kritikbereitschaft zu einer ernsthaften Krise oder gar einem Zusammenbruch der Demokratie führen würde. Auf die Gefahrlosigkeit der demokratischen Kritikbereiten verweisen nicht nur deren Merkmalsprofile, sondern dafür spricht auch die Sozialstrukturanalyse. Kritikbereite entstammen nicht den Randgruppen der Gesellschaft, sondern sind – im Gegenteil – besonders häufig in den gut gebildeten und gut situierten Bevölkerungsgruppen zu finden. Revolutionäre Umbrüche sind von ihnen kaum zu erwarten. Es scheint sich eher um eine Gruppe zu handeln, welche hinsichtlich ihrer Statuszugehörigkeit eine relativ sichere Position in der Gesellschaft inne hat, Politik überdurchschnittlich „ernst nimmt“ und sich bereitwillig sowie kenntnisreich für die Demokratie einsetzt.

Was bedeuten diese Ergebnisse nun für die Forschung und die Praxis? Sofern sich die Ergebnisse auch in repräsentativen Studien als robust erweisen, sollte die grundlegende Disposition der Kritikbereitschaft als Ressource für die Konsolidierung, Stabilität und Weiterentwicklung eines demokratischen Systems verstärkt wissenschaftliche und bildungspolitische Aufmerksamkeit erhalten. Nicht nur Unterstützung und Zufriedenheit im Sinne älterer Ansätze oder Unzufriedenheit – wie die neuere Forschung vermutet – wären als Indikatoren für demokratische Gesundheit zu bewerten, sondern auch die grundlegende normative Kritikbereitschaft – sofern sie mit demokratischer Systempräferenz einhergeht.

Thomas Gensicke

Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland

Die Qualität einer Gesellschaft bemisst sich unter anderem daran, in welchem Ausmaß die Bürgerinnen und Bürger sich an öffentlichen Aktivitäten beteiligen und inwiefern sie zu freiwilligem Engagement bereit sind. Je höher dieses ist, desto gefestigter ist die „Zivilgesellschaft“ als Kern einer modernen „Bürgergesellschaft“.¹ Das freiwillige Engagement stellt damit auch einen Bereich der Sozialberichterstattung dar, in dem sich Fragen stellen wie: In welchem Maße engagieren sich Bürgerinnen und Bürger freiwillig? In welchen Bereichen bringen sie sich ein? Welche Gruppen von Personen sind es insbesondere, die sich freiwillig betätigen? Aus welcher Motivation heraus engagieren sie sich, und wie kann das freiwillige Engagement besser unterstützt werden?

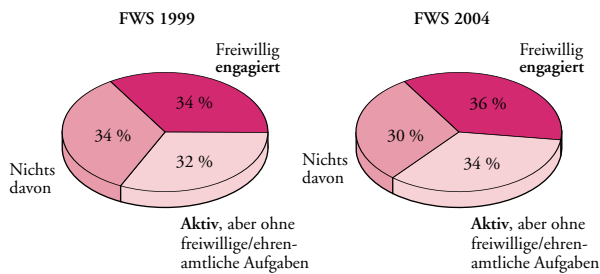
Thomas Gensicke

Dr. rer. pol., geb. 1962; Bereichsleiter „Staat und Bürger“ bei TNS Infratest Sozialforschung, Landsberger Str. 338, 80687 München. thomas.gensicke@tns-infratest.com
www.infratest-sofo.de

Die so genannten Freiwilligensurveys von 1999 und 2004 geben repräsentative Einblicke in Fakten und Trends zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und Bürgerengagement in Deutschland. Eingeschlossen sind darin auch die vielfältigen Formen der freiwilligen „Initiativen- und Projektarbeit“ sowie Formen der Selbsthilfe, die unter den Begriff des freiwilligen Engagements fallen. Als Auftakt einer entsprechenden öffentlichen Berichterstattung führte TNS Infratest Sozialforschung im

¹ Detlef Pollack, *Zivilgesellschaft und Staat in der Demokratie*, in: Ansgar Klein/Kristine Kern/Brigitte Geißel/Maria Berger (Hrsg.), *Zivilgesellschaft und Sozialkapital*, Wiesbaden 2004; Enquetekommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestags, *Bürgerschaftliches Engagement: Auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft*, Opladen 2002.

Grafik 1
Freiwillig Engagierte und „nur“ gemeinschaftlich
Aktive (1999 und 2004)
 Bevölkerung ab 14 Jahren



Quelle: Freiwilligensurveys (FWS) 1999 und 2004.

Frühsummer 1999 im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) eine erste große Telefonumfrage zum Thema „Freiwilliges Engagement in Deutschland“ (Freiwilligensurvey 1999) durch.

Genau fünf Jahre nach diesem Survey wurde im Frühsummer 2004 der zweite Freiwilligensurvey nach dem gleichen Design durchgeführt.¹² Das umfangreiche Berichtswerk des Freiwilligensurveys befasst sich neben den Trends seit 1999 auch mit neuen Aspekten, die erstmals in den Freiwilligensurvey aufgenommen wurden.¹³ Der zweite Freiwilligensurvey von 2004 bildete den Einstieg in die repräsentative Dauerberichterstattung über die Bürger- und Zivilgesellschaft, für die

¹² Grundgesamtheit war jeweils die deutschsprachige Bevölkerung ab 14 Jahren in Privathaushalten. Zum Einsatz kam das ITMS-System (Infratest-Telefon-Master-Sample). Befragt wurden jeweils ca. 15 000 zufällig ausgewählte Personen.

¹³ Die Berichterstattung, die unter Leitung des Autors dieses Beitrags erfolgte, ist beendet. Vgl. Thomas Gensicke/Sibylle Picot/Sabine Geiss, *Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 und 2004*, noch unveröffentlichter Bericht, München, Dezember 2005 (Veröffentlichung im ersten Halbjahr 2006 in einem sozialwissenschaftlichen Verlag). Eine Kurzversion des Berichts kann unter <http://www.bmfsfj.de/Kategorien/Forschungsnetz/forschungsbericht.html> heruntergeladen werden. Eine Reihe von Bundesländern hat bisher bei TNS Infratest Sozialforschung repräsentative Länderberichte bzw. Länderauswertungen in Auftrag gegeben, die unter der Leitung des Autors durchgeführt wurden: Hessen, Berlin, Bayern, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg.

innerhalb der Bundesregierung die Federführung beim BMFSFJ liegt. Für das Jahr 2009 wird der nächste Freiwilligensurvey vorbereitet, der dann für eine Zehnjahresperiode Trends der Gemeinschaftsaktivität und des freiwilligen Engagements in Deutschland wird abbilden können.

Zur Erfassung des freiwilligen Engagements im Freiwilligensurvey 2004 wurde erneut auf das Konzept des Freiwilligensurveys 1999 zurückgegriffen, das sich bewährt hatte und die Vergleichbarkeit zwischen 1999 und 2004 sicherstellt. In beiden Surveys wird das freiwillige Engagement nicht direkt, sondern in einem zweistufigen Verfahren erhoben. Zunächst wird, gestützt durch eine Liste von 14 Bereichen, die so genannte „Gemeinschaftsaktivität“ von Befragten erfasst. Diese ist definiert als „aktive öffentliche Beteiligung“ in Gruppen, Vereinen, Organisationen oder Einrichtungen, welche über private, erwerbsbezogene oder auf Erholung bezogene Zwecke hinausgeht. Im Anschluss an die Identifizierung öffentlicher Gemeinschaftsaktivitäten wird im Freiwilligensurvey nach „Aufgaben, Arbeiten und Funktionen“ gefragt, die gemeinschaftlich aktive Befragte „längerfristig“ übernommen haben¹⁴ und in der Befragungsperiode ausüben. Solche Tätigkeiten sowie deren organisatorische Anbindung wurden wörtlich notiert, auf Gültigkeit hin geprüft (und ggf. nicht für die Zählung zugelassen). Bevor wir die einzelnen Bereiche darstellen, innerhalb derer sich die freiwilligen Tätigkeiten der Bevölkerung vollziehen, wollen wir zunächst Umfang und Trend des freiwilligen Engagements¹⁵ insgesamt darstellen.

¹⁴ Freiwillige Tätigkeiten wurden zum Befragungszeitpunkt im Durchschnitt seit etwa neun Jahren ausgeübt.

¹⁵ Für die verschiedensten Formen des Ehrenamts, der Freiwilligenarbeit und des bürgerschaftlichen Engagements verwendet der Freiwilligensurvey den Oberbegriff „freiwilliges Engagement“. Die Gründe dafür sind in der Berichterstattung zum Freiwilligensurvey ausführlich dargestellt. Diese Begriffswahl stellt auch die internationale Vergleichbarkeit zum Begriff des „Volunteering“ sicher. Vgl. besonders Thomas Gensicke/Sabine Geiss, *Bürgerschaftliches Engagement: Das politisch-soziale Teilnehmungsmodell der Zukunft? Analysen auf Basis der Freiwilligensurveys 1999 und 2004*, in: Beate Hoecker (Hrsg.), *Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest*, Leverkusen 2006.

Gemeinschaftsaktivität und freiwilliges Engagement 1999 – 2004

Bilanziert man die Daten des Freiwilligen surveys 2004 zunächst unabhängig von den einzelnen Bereichen, so können 70 Prozent der Bevölkerung (ab 14 Jahren) als „gemeinschaftsaktiv“ eingestuft werden. Das heißt, diese Menschen sind über ihre privaten und erwerbsbezogenen Zwecke hinaus in Vereinen, Organisationen, Gruppen und Einrichtungen am öffentlichen Leben beteiligt. Diese öffentliche Beteiligung der Bevölkerung ist seit 1999 um vier Prozentpunkte gestiegen. Mit der gewachsenen Gemeinschaftsaktivität ist im gleichen Zeitraum auch das freiwillige Engagement gestiegen. Mindestens eine freiwillige Tätigkeit übten im Jahr 1999 34 Prozent der Bevölkerung aus, im Jahr 2004 waren es 36 Prozent (*Grafik 1*).¹⁶ Die gestiegene öffentliche Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern hat sich somit in etwa gleicher Proportion auch in die längerfristige Übernahme von Aufgaben, Arbeiten und Funktionen umgesetzt.

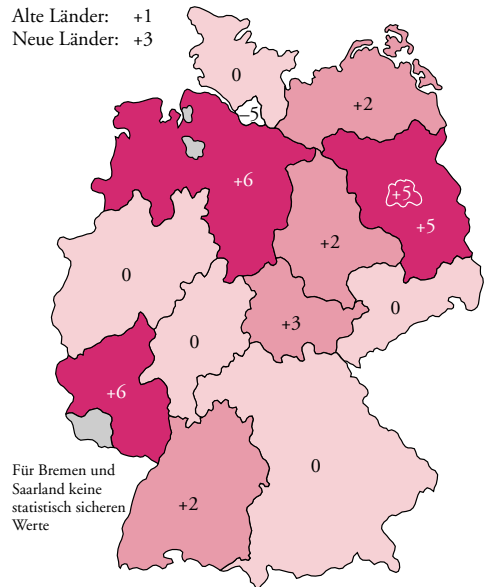
Die Veränderungen des freiwilligen Engagements zwischen 1999 und 2004 waren im Vergleich der Bundesländer unterschiedlich (*Grafik 2*). Auch die Verteilung des Engagements stellt sich 2004 regional recht differenziert dar (*Grafik 3*).¹⁷

Die meisten Länder, in denen das freiwillige Engagement zugenommen hat, liegen im Norden Deutschlands. Das hat zu einer Verringerung des Süd-Nord-Gefälles beigetragen, das 1999 deutlich zu erkennen war. An der Spitze dieser nördlichen Wachstumsregion liegen Niedersachsen sowie die Region Berlin-Brandenburg. Im Südwesten ragt besonders Rhein-

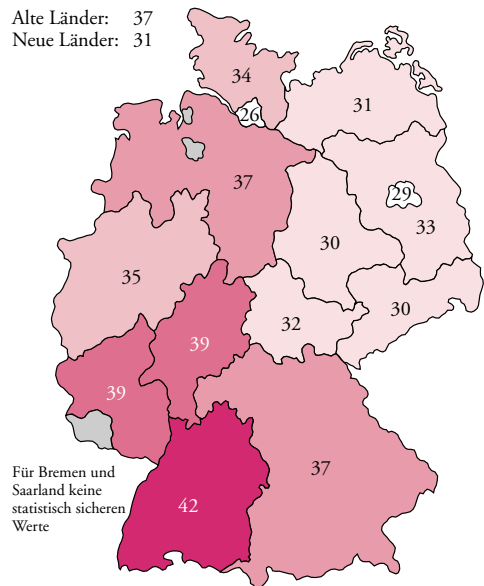
¹⁶ Die Berichterstattung des Freiwilligen surveys verwendet oft vereinfachend ein Schema von drei Bevölkerungsgruppen: Freiwillig *Engagierte* sind öffentlich aktiv und haben in diesem Zusammenhang mindestens eine freiwillige Tätigkeit längerfristig übernommen. „Nur“ *Aktive* sind zumindest *teilnehmend* aktiv, haben aber darüber hinaus keine freiwillige Tätigkeit übernommen. Die verbleibende Gruppe sind diejenigen, die keine öffentlichen Gemeinschaftsaktivitäten in Vereinen, Organisationen, Gruppen und Einrichtungen ausüben (weder „nur“ teilnehmend, noch in Form freiwilliger Tätigkeiten).

¹⁷ Betrachtet wird hier und später in den Tabellen 1 und 2 zur Vereinfachung nur der Anteil der freiwillig Engagierten in den einzelnen Ländern.

Grafik 2
Entwicklung des Anteils freiwillig Engagierter in den Ländern 1999–2004
Bevölkerung ab 14 Jahren (Zunahme bzw. Abnahme in Prozent)



Grafik 3
Anteil freiwillig Engagierter in den Ländern 2004
Bevölkerung ab 14 Jahren (Angaben in Prozent)



Quelle: Freiwilligen surveys 1999 und 2004.

Grafik 4
Engagement in verschiedenen Bereichen (1999/2004)
 Bevölkerung ab 14 Jahren

| Sehr große Bereiche | Mittlere Bereiche |
|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"> • Sport und Bewegung 11.0 % / 11.0 % | <ul style="list-style-type: none"> • Feuerwehr / Rettungsdienste 2.5 % / 3.0 % • Politik / Interessenvertretung 2.5 % / 2.5 % • Berufl. Interessenvertretung 2.5 % / 2.5 % • Umwelt- und Tierschutz 2.0 % / 2.5 % • Jugendarbeit / Bildung 1.5 % / 2.5 % • Lokales Bürgerengagement 1.5 % / 2.0 % |
| Große Bereiche | Kleinere Bereiche |
| <ul style="list-style-type: none"> • Schule/Kindergarten 6.0 % / 7.0 % • Freizeit und Geselligkeit 5.5 % / 5.0 % • Kirche und Religion 5.5 % / 6.0 % • Kultur und Musik 5.0 % / 5.5 % • Sozialer Bereich 4.0 % / 5.5 % | <ul style="list-style-type: none"> • Gesundheitsbereich 1.0 % / 1.0 % • Justiz / Kriminalitätsprobleme 0.5 % / 0.5 % |

Quelle: Freiwilligensurveys 1999 und 2004.

land-Pfalz mit einem deutlichen Anstieg des freiwilligen Engagements heraus. Baden-Württemberg behielt auf der Basis eines durchschnittlichen Wachstums des Engagements von zwei Prozentpunkten auch 2004 seinen unangefochtenen Spitzenplatz unter den Bundesländern. Obwohl das freiwillige Engagement in den ostdeutschen Ländern insgesamt deutlich gewachsen ist, bleiben diese mit 31 Prozent noch deutlich hinter den westdeutschen Ländern zurück (37 Prozent).

Der deutsche Freiwilligensektor ist sehr vielfältig strukturiert. Betrachtet man das freiwillige Engagement hinsichtlich seiner verschiedenen Bereiche, so stellt der Sektor „Sport und Bewegung“ den mit Abstand größten Sektor freiwilligen Engagements dar (Grafik 4). Es folgen die größeren Bereiche „Schule und Kindergarten“, „Kirche und Religion“ sowie „Kultur und Musik“. Der Bereich „Soziales“ ist seit 1999 am stärksten gewachsen und nimmt nunmehr mit dem Bereich „Kultur und Musik“ bereits den dritten Rang ein. „Freizeit und Geselligkeit“ ist der einzige Bereich, in dem das Ausmaß freiwilligen Engagements zurückgegangen ist, sodass dieser vom dritten auf den sechsten Rang zurückfiel. Wird zusätzlich die deutliche Entwicklung im (kleineren) Bereich der „Jugend- und Bildungsarbeit“ berücksichtigt, ist fest-

zuhalten, dass in Deutschland zwischen 1999 und 2004 kinder- und jugendbezogenes sowie soziales Engagement am meisten an Bedeutung gewonnen haben, Bereiche des freiwilligen Engagements, die besonders für Frauen bedeutsam sind.

Freiwilliges Engagement und soziale Integration

Das freiwillige Engagement weist nicht nur regionale, sondern auch soziale Unterschiede auf, wie am Beispiel einer mehrstufigen Engagement-Skala demonstriert werden kann, anhand derer die Befragten je nach der Intensität ihres freiwilligen Engagements eingruppiert werden (*Übersicht*). Die erste Gruppe bilden Personen, die nicht gemeinschaftlich aktiv sind (1), gefolgt von Personen, die gemeinschaftlich aktiv sind, aber keine freiwilligen Tätigkeiten übernommen haben (2). Die freiwillig Engagierten unterscheiden wir nunmehr in Engagierte mit einer Tätigkeit (3), Engagierte mit zwei Tätigkeiten (4) und schließlich diejenigen mit drei und mehr Tätigkeiten (5).¹⁸

Der Grad der individuellen Einbindung in freiwilliges Engagement steht offensichtlich in engem Zusammenhang mit der sozialen Integration einer Person. Am deutlichsten wird dies an der herausragenden Beziehung zwischen dem Vorhandensein eines großen Freundes- und Bekanntenkreises und der Position auf der Engagement-Skala. Personen mit einem großen Freundes- und Bekanntenkreis sind nur selten in der Gruppe der nicht gemeinschaftlich Aktiven vertreten (14 Prozent), während sie fast die Hälfte der „Hochengagierten“ mit drei und mehr freiwilligen Tätigkeiten ausmachen (46 Prozent). In den dazwischen liegenden Positionen auf der Engagement-Skala steigt der Prozentsatz von Personen mit großem Freundes- und Bekanntenkreis kontinuierlich an, wodurch der enge

¹⁸ Die bereits untersuchte Gruppe der freiwillig Engagierten wird in dieser Darstellung in drei Gruppen aufgeteilt, um auch die markanten Unterschiede innerhalb der Gruppe der Engagierten sichtbar werden zu lassen. Man erkennt auf diese Weise auch, dass der Anteil derjenigen Engagierten mit mehr als einer freiwilligen Tätigkeit seit 1999 zugenommen hat und der Anteil derjenigen mit einer Tätigkeit etwa gleich geblieben ist. Es gab demnach 2004 nicht nur mehr Engagierte, sondern diese übten auch mehr Tätigkeiten aus.

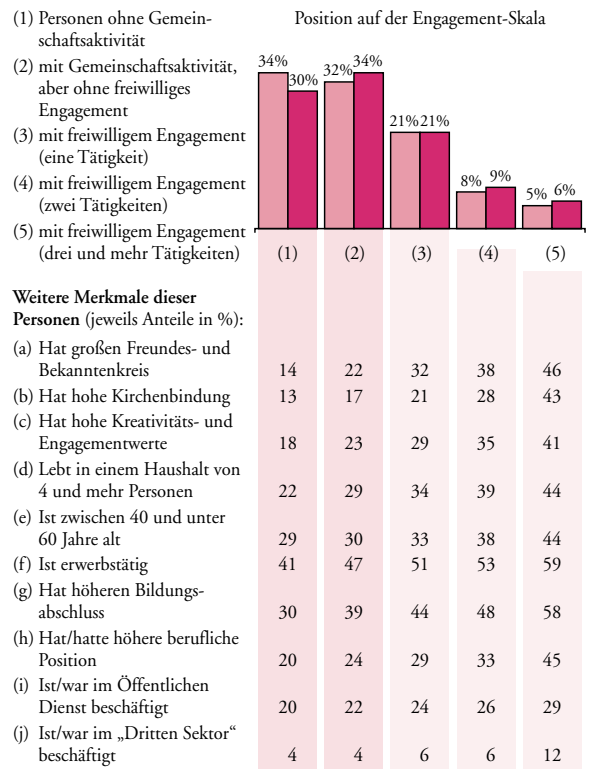
Zusammenhang beider Merkmale deutlich erkennbar wird.

Ein fast ebenso deutlicher Zusammenhang ist hinsichtlich der Kirchenbindung zu beobachten. Personen mit hoher Kirchenbindung gehören selten der Gruppe der nicht gemeinschaftlich Aktiven an (13 Prozent), sind jedoch häufig in der Gruppe der hoch Engagierten vertreten (43 Prozent). Auch hier steigt der Anteil der Personen mit hoher Kirchenbindung auf der Engagementsskala von Position (1) bis (5) deutlich und stetig an. Die Kirchenbindung ist zum einen ein indirekter Indikator für die soziale Einbindung einer Person, vor allem jedoch für bestimmte religiöse Werthaltungen, die soziale Wertaspekte einschließen.

Der Freiwilligensurvey kann auch den direkten Zusammenhang von Wertorientierungen mit der Engagementsskala aufzeigen. Freiwillig Engagierte, besonders die intensiver Engagierten, vertreten vermehrt Werte, die das Verhalten auf eine kreative und öffentlich engagierte Lebensführung lenken. Das ist bei Personen, welche die unteren Plätze der Engagementsskala einnehmen, weit weniger der Fall. Diese Bedeutsamkeit bestimmter Wertorientierungen für freiwilliges Engagement hat seit 1999 gegenüber der Kirchenbindung zugenommen. Da auch die Bedeutung des Freundes- und Bekanntenkreises sowie des politischen Interesses gestiegen sind und die der Kirchenbindung etwa gleich geblieben ist, kann der Hintergrund des freiwilligen Engagements 2004 im Vergleich zu 1999 als „säkularer“ eingestuft werden.

Neben sozial-integrativen Merkmalen und Werthaltungen steht auch der soziale Status in einem engen Zusammenhang mit der Position einer Person auf der Engagement-Skala. Nach wie vor gibt es einen positiven Zusammenhang zwischen Erwerbstätigkeit und freiwilligem Engagement. Wichtiger sind allerdings ein höheres Bildungsniveau und eine höhere berufliche Position, die eng damit zusammenhängen, dass Personen die oberen Positionen der Engagementsskala einnehmen. Der Einfluss der Bildung hat sich seit 1999 weiter erhöht. Diese ist 2004 von deutlich größerer Bedeutung als materielle Faktoren wie etwa die Höhe des Haushaltseinkommens. Öffentliche Beschäftigung, besonders im „Dritten Sektor“, hängt ebenfalls positiv

Übersicht: Gemeinschaftsaktivität, freiwilliges Engagement und Stellung in der Gesellschaft



Erläuterungen:

- zu (g) Fachhochschulreife und höher
- zu (h) Angestellte mit Führungsaufgaben; Beamte des gehobenen und höheren Dienstes; Selbstständige mit Mitarbeitern
- zu (j) Gemeinnützige/nicht gewinnorientierte Einrichtung oder Organisation

Quelle: Freiwilligensurvey 2004.

damit zusammen, ob und mit welcher Intensität sich jemand freiwillig engagiert.

Der Zusammenhang des Alters von Personen mit der Beteiligung am freiwilligen Engagement hat sich zwischen 1999 und 2004 verringert, vor allem, weil sich Menschen im Alter ab 60 Jahren inzwischen vermehrt engagieren. Dennoch bleibt die Gruppe der 40-bis 59-Jährigen weiterhin die tragende Gruppe des Engagements, besonders bei Engagierten, die zwei und mehr Tätigkeiten ausüben, bzw. bei Engagierten, die Wahl-, Vorstands- und Leitungsfunktionen übernehmen.

Wie bereits 1999 spielt die Haushaltsgröße für die Position auf der Engagement-Skala eine wichtige Rolle. Personen, die in größeren Haushalten leben, findet man seltener auf der

linken Seite der Engagementskala, also bei den nicht oder „nur“ Gemeinschaftsaktiven, und in deutlich größeren Prozentsätzen auf der rechten Seite bei den Engagierten mit zwei oder mehr freiwilligen Tätigkeiten. Darin zeigt sich die hohe Bedeutung von Kindern und Jugendlichen für gemeinschaftliche Aktivität und freiwilliges Engagement.¹⁹ In größeren Haushalten engagieren sich die Eltern oft für die eigenen Kinder (Kinderbetreuung, Sportvereine, Jugendarbeit etc.); bei den Eltern lebende Jugendliche sind selbst oft freiwillig engagiert.

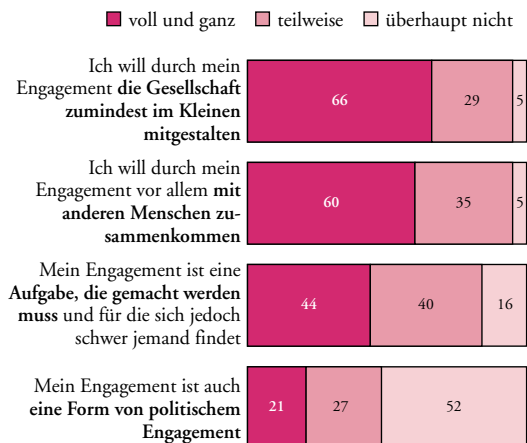
Bedürfnis nach gesellschaftlicher Mitgestaltung

„Ich möchte die Gesellschaft zumindest im Kleinen mitgestalten.“ Diesem Statement einer 2004 neu aufgenommenen Fragebatterie stimmten 66 Prozent der freiwillig Engagierten „voll und ganz“, 29 Prozent „teilweise“ zu (Grafik 5). Ebenfalls wichtig ist das Motiv, durch das Engagement „mit anderen Menschen zusammenkommen“ zu wollen (60 Prozent „voll und ganz“, 35 Prozent „teilweise“). Für viele Befragte sind beide Motive in ähnlichem Maße wichtig. Allerdings setzen jüngere Menschen, Personen mit geringerem politischen Interesse und Arbeiter den Schwerpunkt stärker auf die Gesellung mit anderen, während ältere Menschen, Personen mit hohem Bildungsstatus und solche mit ausgeprägtem politischen Interesse vermehrt auf gesellschaftliche Mitgestaltung Wert legen.

Bei immerhin 48 Prozent der Engagierten ist das freiwillige Engagement entweder „voll und ganz“ (21 Prozent) oder „teilweise“ (27 Prozent) politisch motiviert, insbesondere bei älteren Menschen und Beamten, aber auch bei Arbeitslosen. Ältere Menschen beziehen die Motivation für ihr freiwilliges Engagement auch häufig aus einem Gefühl der sozialen Pflicht. So sehen sie ihr Engagement vermehrt als eine Aufgabe, „die gemacht werden muss und für die sich schwer jemand findet“. Jüngere Menschen teilen zwar (wenn auch in gemäßigter Form) die Orientierung am Gemeinwohl der älteren Engagierten, bringen jedoch in ihre frei-

¹⁹ Kinder und Jugendliche sind die ungleich wichtigste Zielgruppe freiwilliger Tätigkeiten. Ihnen kamen 2004 33 Prozent aller freiwilligen Tätigkeiten zugute. Das ist ganz besonders für das Engagement junger Leute typisch.

Grafik 5
Motive für das freiwillige Engagement (2004)
 Alle Engagierten ab 14 Jahren (Angaben in %)



Quelle: Freiwilligensurveys 1999 und 2004.

wilige Tätigkeit stärker und seit 1999 zunehmend persönliche und berufliche Interessen ein. Sie nehmen außerdem ihr freiwilliges Engagement besonders häufig als ein wichtiges Lernfeld wahr, in dem neue Kenntnisse und Erfahrungen gewonnen werden können.

In einigen Gruppen fiel die Zunahme des freiwilligen Engagements seit 1999 besonders deutlich aus: bei Personen ab 46 Jahren,¹⁰ bei Arbeitslosen, Rentnern und (wie gesehen) bei den ostdeutschen Bundesbürgerinnen und -bürgern (dort insbesondere bei den Frauen). Damit deutet sich eine gewisse Uneinheitlichkeit der sozialstrukturellen Hintergründe in den Veränderungen des freiwilligen Engagements an. Da sind beispielsweise die älteren Menschen, die heute gesünder und rüstiger sind und vermehrt freie Zeit für soziale Angelegenheiten bzw. für das Gemeinwohl einsetzen. Das ist ein anderer Hintergrund als das zunehmende Bedürfnis von Arbeitslosen, durch freiwilliges Engagement den Erhalt

¹⁰ Die auffälligste Altersgruppe ist die Gruppe der 60- bis 69-Jährigen, also der jüngeren Senioren. Diese auch für die Konsum- und Erlebniswirtschaft zunehmend interessante Gruppe hat zwischen 1999 und 2004 ihre öffentliche Aktivität und ihr freiwilliges Engagement von allen Altersgruppen am ungleich deutlichsten erhöht. Den Entwicklungen bei den älteren Menschen ab 60 Jahren widmete die Auswertung des Freiwilligensurveys 2004 eine vertiefende Sonderanalyse.

und den Ausbau ihrer Fähigkeiten und Erfahrungen sicherzustellen und damit auch ihre Arbeitsmarktchancen zu verbessern.

Im Folgenden sollen die genannten Veränderungen hin zu steigendem freiwilligen Engagement differenziert nach verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen näher beleuchtet werden. Wie aus *Tabelle 1* ersichtlich wird, geht der Trend steigenden Engagements bei älteren Menschen insbesondere darauf zurück, dass sich die älteren Männer insgesamt sowie auch die älteren Bürgerinnen und Bürger in den westdeutschen Ländern stärker engagieren als früher. Die Zuwächse in der Altersgruppe der 46- bis 65-Jährigen hingegen sind zum großen Teil durch das gestiegene Engagement von Frauen sowie teilweise von ostdeutschen Bundesbürgern begründet. In den westdeutschen Ländern fand somit die Zunahme des freiwilligen Engagements vermehrt bei den Bürgern höheren Alters statt, während sich 2004 in den ostdeutschen Ländern eher die Bürger mittleren Alters stärker engagierten als 1999. Bei den Frauen stieg das freiwillige Engagement in allen Altersgruppen, während es bei den Männern im Alter von bis zu 65 Jahren stagnierte (bzw. in der jüngsten Gruppe sogar zurückging) und nur in der ältesten Gruppe (stark) anstieg.¹¹

Während das freiwillige Engagement der Männer insgesamt konstant blieb, ist es bei den Frauen gestiegen, besonders in einigen Untergruppen. Vor allem erwerbstätige und arbeitslose Frauen haben ihr Engagement deutlich ausgeweitet (*Tabelle 2*). Damit reduzierten sich zwischen 1999 und 2004 die Unterschiede des freiwilligen Engagements zwischen Frauen und Männern in den Gruppen der Erwerbstätigen und Arbeitslosen (bei den Erwerbstätigen deutlich, bei den Arbeitslosen sind sie sogar ganz verschwunden). Die Zunahme freiwilligen Engagements bei letzteren fand außerdem weit stärker in den ostdeutschen als in den westdeutschen Ländern statt. Der Anstieg in Ostdeutschland war doppelt so stark. Bekanntlich ist der Anteil der Ar-

¹¹ Die Veränderungen des freiwilligen Engagements bei Männern und Frauen sind Thema einer weiteren Sonderanalyse der Berichterstattung des zweiten Freiwilligensurveys. Sonderanalysen beschäftigen sich außerdem mit dem freiwilligen Engagement von Jugendlichen im Alter von 14 bis 24 Jahren und mit dem freiwilligen Engagement (gut deutschsprachiger) Migranten.

Tabelle 1: Anteil freiwillig Engagierter nach Geschlecht und Landesteil und Alter (Angaben in Prozent)

| | 14–30 Jahre | | 31–45 Jahre | | 46–65 Jahre | | 66+ Jahre | |
|---------------------|-------------|------|-------------|------|-------------|------|-----------|------|
| | 1999 | 2004 | 1999 | 2004 | 1999 | 2004 | 1999 | 2004 |
| Alle | 35 | 35 | 38 | 39 | 37 | 40 | 23 | 26 |
| Männer | 40 | 36 | 40 | 40 | 42 | 43 | 27 | 33 |
| Frauen | 29 | 33 | 36 | 38 | 32 | 37 | 19 | 21 |
| Westdeutsche Länder | 37 | 37 | 39 | 40 | 39 | 41 | 24 | 27 |
| Ostdeutsche Länder | 28 | 29 | 31 | 37 | 30 | 34 | 19 | 19 |

Quelle: Freiwilligensurveys 1999 und 2004.

beitslosen hier deutlich größer als in den westdeutschen Ländern. Daher beeinflussen die Werte der ostdeutschen Länder die gesamtdeutschen Zahlen der Arbeitslosen deutlicher als diejenigen der anderen Gruppen. Auch Schüler und Auszubildende haben ihr Engagement in den ostdeutschen Ländern viel stärker gesteigert als in den westdeutschen Ländern.

Chancen der Zivilgesellschaft

Das freiwillige Engagement ist in Deutschland zwischen 1999 und 2004 gestiegen. Außerdem waren 2004 mehr Menschen (zumindest teilnehmend) in Vereinen, Organisationen, Grup-

Tabelle 2: Anteil freiwillig Engagierter nach Geschlecht, Landesteil und Erwerbsstatus

| | Erwerbstätige | | Arbeitslose | | Schüler/ Auszubild./ Studenten | | Hausfrauen* | | Rentner/ Pensionäre | |
|---------------------|---------------|------|-------------|------|--------------------------------------|------|-------------|------|------------------------|------|
| | 1999 | 2004 | 1999 | 2004 | 1999 | 2004 | 1999 | 2004 | 1999 | 2004 |
| Alle | 38 | 40 | 23 | 27 | 37 | 38 | 38 | 37 | 24 | 28 |
| Männer | 43 | 42 | 25 | 27 | 41 | 40 | * | * | 29 | 35 |
| Frauen | 32 | 37 | 22 | 27 | 34 | 36 | 38 | 38 | 20 | 23 |
| Westdeutsche Länder | 39 | 41 | 25 | 27 | 39 | 40 | 39 | 38 | 26 | 30 |
| Ostdeutsche Länder | 33 | 37 | 22 | 26 | 29 | 34 | 19 | 29 | 20 | 21 |

* für Hausmänner zu wenig Fälle.

Quelle: Freiwilligensurveys 1999 und 2004. Angaben in Prozent.

pen und Einrichtungen aktiv. Wenn in Deutschland 70 Prozent der Bürgerinnen und Bürger öffentlich aktiv sind, ist das auch ein Indikator für ein hohes Maß an „sozialem Kapital“, eine Metapher, mit der heute oft der soziale Zusammenhalt und die soziale Qualität moderner Gesellschaften bezeichnet wird. Der Freiwilligensurvey kann außerdem zeigen, dass es in Deutschland ein großes Potenzial für eine Ausdehnung und Intensivierung des freiwilligen Engagements gibt und damit gute Möglichkeiten für die weitere Entwicklung der Zivilgesellschaft als Kern einer selbstbewussten Bürgergesellschaft. 1999 gab es in der Bevölkerung neben den 34 Prozent freiwillig Engagierten weitere 26 Prozent, die bereit waren, sich freiwillig zu engagieren. Genau gesagt waren 10 Prozent der Bevölkerung bestimmt bereit, sich zu engagieren, 16 Prozent eventuell. Bei inzwischen 36 Prozent Engagierten war 2004 die Gruppe der *bestimmt* zum Engagement Bereit auf 12 Prozent und die der *eventuell* dazu Bereit auf 20 Prozent gewachsen. Das Engagementpotenzial¹² ist also zwischen 1999 und 2004 von 26 Prozent auf 32 Prozent gestiegen. Es ist bei jungen Leuten besonders groß.

Die Stärkung der Zivilgesellschaft in Deutschland fällt in eine Zeit großer wirtschaftlicher und sozialer Umbrüche, die mit erhöhten Belastungen und Anstrengungen für die Bevölkerung einhergehen. Die Belastungen der Bevölkerung bzw. bestimmter Gruppen sind seit dem Erhebungszeitpunkt des zweiten Freiwilligensurveys weiter gestiegen. Es wurden Sozialreformen durchgeführt (Hartz IV), die zu ungleich tieferen Einschnitten als alle früheren Sozialreformen führen bzw. noch führen werden. Es bleibt abzuwarten, inwieweit soziale Umbrüche, zu denen auch noch die Folgen des demografischen Wandels kommen, sich zukünftig auf die Zivilgesellschaft in Deutschland auswirken werden. Das zunehmende Engagement von Arbeitslosen ist ein Hinweis darauf, dass Menschen in schwierigen sozialen Lagen bereits mit öffentlicher Aktivität und freiwilligem Engagement auf soziale Umbrüche und

¹² Neben diesem „externen“ Potenzial gibt es ein wachsendes „internes“ Potenzial innerhalb der Gruppe der bereits freiwillig Engagierten. Die Gruppe der bereits Engagierten, die sich vorstellen kann, sich noch intensiver zu engagieren, ist deutlich gestiegen und bei jungen Leuten besonders groß.

Belastungen reagieren. Der Freiwilligensurvey kann zeigen, dass das zunehmende Engagement von Arbeitslosen sich nicht nur auf die Verbesserung der eigenen Beschäftigungsfähigkeit bzw. der Beschäftigungschancen richtet, sondern ausdrücklich auch auf gesellschaftspolitische Einflussnahme.

Was bereits im Freiwilligensurvey von 1999 herausgearbeitet wurde, gilt heute genauso: Freiwilliges Engagement benötigt öffentliche Anerkennung und Unterstützung. Wie 1999 setzen die Engagierten auch im aktuellen Freiwilligensurvey die höchste Priorität auf die Verbesserung der öffentlichen Information und Beratung über Möglichkeiten des freiwilligen Engagements. 1999 wurden weiterhin häufig steuerliche Erleichterungen des freiwilligen Engagements angemahnt (Absetzbarkeit von Kosten bzw. von Aufwandsentschädigungen). 2004 empfanden die freiwillig Engagierten diese steuerliche Förderung des Engagements offenbar als deutlich weniger dringlich. Stattdessen ist nunmehr die ausreichende und angemessene Berichterstattung über freiwilliges Engagement in den Massenmedien an die zweite Stelle der Prioritäten gerückt.

Bezogen auf die öffentliche Unterstützung freiwilligen Engagements ist somit das Gewicht materieller Fragen deutlich hinter solche der öffentlichen Information, Beratung und Kommunikation zurückgetreten. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass der Ausbau und die Aufrechterhaltung einer öffentlichen Infrastruktur zur Information und Beratung über Möglichkeiten des freiwilligen Engagements selbstverständlich auch Geld kosten, genauso wie die Finanzierung öffentlicher Netzwerke, die den Freiwilligensektor zentral und regional vernetzen. Das Internet hat inzwischen zu einer enormen Steigerung der Möglichkeiten und teilweise auch zu deutlichen Kostensenkungen für die zentrale Bereitstellung von Informationen sowie für flächendeckende Kommunikationsaktivitäten geführt.

Die Dauerbeobachtung des freiwilligen Engagements durch das Informationssystem „Freiwilligensurvey“ wird zeigen, wie sich die Zivilgesellschaft in Deutschland weiterentwickelt, wie sie mit sozialen Veränderungen fertig wird bzw. ob sie diesen eine zukunftsweisende und humane Prägung geben kann.

Dritter Sektor: Arbeit als Engagement

Bürgerschaftliches Engagement als Selbstorganisation von Bürgern und Bürgerinnen findet, wie die Ergebnisse des zweiten Freiwilligensurveys zeigen,¹ nicht im „luftleeren Raum“, sondern überwiegend als „gebundenes Engagement“ in dem breiten Spektrum gemeinnütziger bzw. zivilgesellschaftlicher Organisationen statt. Diese bilden zusammengenommen den Dritten oder Nonprofit-Sektor. Während Ausprägung und Motive bürgerschaftlichen Engagements in den vergangenen Jahren

Eckhard Priller

Dr. sc. oec., geb. 1949; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Abteilung Ungleichheit und soziale Integration, Reichpietschufer 50, 10785 Berlin.
priller@wz-berlin.de

Annette Zimmer

Dr. phil., geb. 1954; Professorin an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (WWU); Gesellschafterin des Zentrums für Nonprofit-Management; Prinzipalmarkt 38, 48143 Münster.
zimmean@uni-muenster.de
www.npm-online.de

zunehmend ins Zentrum des Interesses von Wissenschaft, Politik und allgemeiner Öffentlichkeit gerückt sind,² bleibt der organisationsbezogene Rahmen des Engagements – von wenigen Ausnahmen abgesehen³ – meist unberücksichtigt. Hier setzt der folgende Beitrag an, in dem die organisationale Basis bürgerschaftlichen Engagements, der Dritte Sektor und seine gemeinnützigen Organisationen im Zentrum der Betrachtung stehen. Gleichzeitig stellen die Organisationen in maßgeblichem Umfang bezahlte Arbeitsplätze zur Verfügung. Zwischen ehrenamtlicher Tätigkeit und Erwerbsarbeit bestehen dabei vielschichtige Schnittstellen, Wechselwirkungen und teilweise fließende Übergänge.

Strukturbesonderheiten

Initiiert und auch zu einem beachtlichen Teil von bürgerschaftlichem Engagement getra-

gen, zeichnen sich Dritte-Sektor-Organisationen im Vergleich zu den Organisationen und Einrichtungen der Konkurrenzsektoren Markt und Staat durch Strukturbesonderheiten aus. Hierzu zählt vor allem, dass sie nachhaltig auf die Ressource „Solidarität“ angewiesen sind. Ohne kontinuierlichen Zufluss von „Solidarität“, deren Gestaltungsformen von einfacher Mitgliedschaft, freiwilliger Mitarbeit und ehrenamtlichem Engagement über Geld- und Sachspenden bis hin zur Unterstützung der von den Organisationen vertretenen Werte und Ziele reichen, sind Dritte-Sektor-Organisationen, im deutlichen Gegensatz zu marktwirtschaftlichen, aber auch staatlichen Einrichtungen, nicht lebensfähig. Als „Wertgemeinschaften“ sind diese Organisationen daher mit einem unschätzbaren gesellschaftlichen Integrationspotenzial ausgestattet.

Neben der „Wertorientierung“ konstituiert die Multifunktionalität der Organisationen eine weitere Strukturbesonderheit.⁴ Handlungs- und steuerungstheoretisch betrachtet, zeichnen sich Dritte-Sektor-Organisationen durch einen Funktionsmix aus, der eine ökonomische, politische wie auch gesellschaftlich-integrative Komponente umfasst. Mit der ökonomischen Funktion der Dienstleistungserstellung haben sie Anteil am Sektor Markt. Besonders unter diesem Gesichtspunkt besitzen sie – wie noch zu zeigen sein wird – sowohl international als auch in Deutschland eine besondere arbeitsmarktpolitische Relevanz. Aufgrund ihrer Funktion der Bündelung, Artikulation und Vermittlung von Interessen sind Dritte-Sektor-Organisationen zugleich politische Akteure, denen vor dem Hintergrund zunehmender Parteienver-

¹ Vgl. den Artikel von Thomas Gensicke in diesem Heft.

² Vgl. Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“, Bericht, Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft, Schriftenreihe: Band 4, Opladen 2002.

³ Christiane Frantz, Karriere in NGOs. Politik als Beruf jenseits der Parteien, Wiesbaden 2005; Lester M. Salamon/Helmut K. Anheier/Regina List/Stefan Toepler/S. Wojciech Sokolowski and Associates, Global Civil Society. Dimensions of the Nonprofit Sector, Baltimore 1999; Annette Zimmer/Eckhard Priller, Gemeinnützige Organisationen im gesellschaftlichen Wandel. Ergebnisse der Dritte-Sektor-Forschung, Wiesbaden 2004.

⁴ Vgl. A. Zimmer/E. Priller (Anm. 3), S. 21 ff.

drossenheit als „Themenanwälte“ eine wichtige Bedeutung für das politische Gemeinwesen zukommt. Gleichzeitig sind sie häufig lokal verankerte und sich über Mitgliedschaft konstituierende Gemeinschaften, die wichtige Funktionen der sozial-kulturellen Integration und Sozialisation übernehmen. Im Folgenden wird vor allem auf die integrative Funktion sowie auf die arbeitsmarktpolitische Relevanz von Dritte-Sektor-Organisationen eingegangen.

Arbeitsmarktpolitische Relevanz

International hat das Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project⁵ die arbeitsmarktpolitische Bedeutung des Sektors im Sinne einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erfasst. Hier wird für die neunziger Jahre empirisch gezeigt, dass die arbeitsmarktpolitische Relevanz der gemeinnützigen Organisationen im Beobachtungszeitraum kontinuierlich gewachsen ist. In den beteiligten 22 Projektländern waren im Durchschnitt knapp fünf Prozent der Beschäftigten im Dritten Sektor tätig. Anders ausgedrückt: Damit waren in den einzelnen Projektländern jeweils mehr Personen in Organisationen des Dritten Sektors beschäftigt als in dem jeweils größten nationalen Wirtschaftsunternehmen.¹⁶

Wie die Ergebnisse unserer Deutschlandstudie zeigen,¹⁷ ist für den Sektor auch hierzulande und insbesondere im Vergleich zu den Konkurrenzsektoren Markt und Staat eine positive Bilanz der Beschäftigungsentwicklung zu ziehen. Im Jahr 1995 waren im deutschen Dritten Sektor rund 2,1 Millionen Personen sozialversicherungsrelevant beschäftigt. In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre hat das Wachstum des Sektors in Deutschland unvermindert angehalten, so

⁵ Das Projekt wurde von der Johns Hopkins-Universität in Baltimore (USA) initiiert und seit 1990 koordiniert. Es erfasst den Dritten Sektor in ausgewählten Ländern quantitativ in seiner ökonomischen Struktur (Beschäftigte, Ehrenamtliche, Tätigkeitsspektrum, Leistungsumfang, Finanzvolumen, Quellen und Verwendung der finanziellen Mittel) und qualitativ in seinen historischen, gesellschaftlichen und politischen Dimensionen. Die deutsche Teilstudie in der zweiten Projektphase wurde von Annette Zimmer (Universität Münster) und Eckhard Priller (WZB) geleitet.

¹⁶ Vgl. L. M. Salamon et al. (Anm. 3).

¹⁷ Vgl. A. Zimmer/E. Priller (Anm. 3).

dass bei einer Hochrechnung auf der Grundlage der für 1995 zur Verfügung stehenden Daten bis zum Jahr 2000 in den gemeinnützigen Organisationen fast drei Millionen Personen eine Beschäftigung fanden.

Betrachtet man dagegen den deutschen Dritten Sektor im internationalen Vergleich, so liegt die Beschäftigungsintensität seiner Organisationen nur im guten Mittelfeld. Gemäß den Ergebnissen des Johns Hopkins-Projektes verfügen aus beschäftigungspolitischer Sicht gerade jene Länder über einen großen Dritten Sektor, in denen eine enge Kooperation zwischen Staat und gemeinnützigen Organisationen besteht. Dies trifft im besonderen Maße für die Niederlande zu, in denen der Dritte Sektor einen Anteil von 12,4 Prozent an der Gesamtbeschäftigung des Landes hat. Dieser besondere arbeitsmarktpolitische Stellenwert basiert auf enger „Public Private Partnership“ zwischen gemeinnützigen Organisationen und dem Staat in nahezu allen Kernbereichen der wohlfahrtsstaatlichen Dienstleistungserstellung – nämlich Bildung (insbesondere Schulen), Gesundheit (insbesondere Krankenhäuser) und soziale Dienste (Beratungs- und Betreuungseinrichtungen).¹⁸ Eine vergleichsweise intensive Zusammenarbeit zwischen Wohlfahrtsstaat und gemeinnützigen Organisationen findet man in Europa ferner in Irland, Belgien und Großbritannien,¹⁹ deren Dritter Sektor einen Anteil von jeweils 11,5 Prozent, 10,5 Prozent und 6,2 Prozent an der Gesamtbeschäftigung des Landes hat. Daraus leitet sich die Feststellung ab, dass die Beschäftigungswirkungen von gemeinnützigen Organisationen in engem Zusammenhang zu ihrem Stellenwert im jeweiligen landesspezifischen „Welfare Mix“ zu sehen sind. Je intensiver gemeinnützige Organisationen in den Kernbereichen wohlfahrtsstaatlicher Dienstleistungserstellung – Bildung, Gesundheit und Soziale Dienste – eingebunden sind, desto größer ist die Beschäftigungsintensität des Dritten Sektors.

¹⁸ Vgl. Paul Dekker, Nonprofit-Organisationen in den Niederlanden: Entsäult, verpoldert und was nun?, in: Eckhard Priller/Annette Zimmer (Hrsg.), *Der Dritte Sektor international. Mehr Markt – weniger Staat?*, Berlin 2001, S. 157–177.

¹⁹ Vgl. Eckhard Priller/Annette Zimmer, Ein europäischer Vergleich von Dritte-Sektor-Organisationen, in: *Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit*, 4 (2005), S. 128–144.

Nimmt man die Einbindung gemeinnütziger Organisationen in das wohlfahrtsstaatliche Arrangement oder Regime auf Länderebene näher in den Blick, so zeigt sich, dass diese sich weltweit zunehmend über Gebühren und Entgelte und damit am Markt finanzieren, während in Europa nach wie vor eine Finanzierung der in den Kernbereichen der wohlfahrtsstaatlichen Leistungserstellung eingebundenen Dritte-Sektor-Organisationen über öffentliche Zuwendungen sowie über Leistungsentgelte der Sozialversicherungen erfolgt.¹⁰ Da dies auch für Großbritannien zutrifft, das seit der Thatcher-Ära zunehmend zu den „liberal welfare regimes“ gezählt wird, kann man zumindest im Hinblick auf die Einbindung von gemeinnützigen Organisationen in die wohlfahrtsstaatliche Dienstleistungserstellung annäherungsweise von einem „Europäischen Sozialmodell“ sprechen.¹¹ Die im internationalen Vergleich eher im Mittelfeld liegende arbeitsmarktpolitische Relevanz des Dritten Sektors in Deutschland ist vor allem darauf zurückzuführen, dass eine enge „Public Private Partnership“ sich hierzulande nur auf die Bereiche Soziale Dienste und Gesundheit erstreckt. Historisch bedingt haben die Wohlfahrtsverbände vor allem für das Gesundheitswesen und die personenbezogenen sozialen Dienstleistungen in Deutschland eine zentrale Bedeutung, während die Bereiche Schule und Universität, wie auch weite Teile des Kulturbereichs, überwiegend in staatlicher Trägerschaft organisiert sind.

Professionalisierung als Trend

Aus arbeitsmarktpolitischer Sicht hat der Dritte Sektor in Deutschland, wie zahlreiche Studien zeigen,¹² seinen Schwerpunkt in den

¹⁰ Vgl. L. M. Salamon et al. (Anm. 3).

¹¹ Vgl. Hartmut Kaelble/Günther Schmid (Hrsg.), Das europäische Sozialmodell. Auf dem Weg zum transnationalen Sozialstaat, WZB-Jahrbuch 2004, Berlin 2004.

¹² Vgl. Dietmar Dathe/Ernst Kistler, Zur arbeitsmarktpolitischen Funktion des Dritten Sektors, in: Karl Birkhölzer/Ansgar Klein/Eckhard Priller/Annette Zimmer (Hrsg.), Dritter Sektor/Drittes System. Theorie, Funktionswandel und zivilgesellschaftliche Perspektiven, Wiesbaden 2005, S. 161–176; Sigrid Betzelt/Rudolph Bauer, Nonprofit-Organisationen als Arbeitgeber, Opladen 2000; Ingo Bode/Achim Graf, Arbeiten für gute Zwecke. Organisation und Beschäftigung im Dritten Sektor, Duisburger Beiträge zur Soziologischen Forschung, (1999) 4.

wohlfahrtsstaatlichen Kernbereichen: Gemäß unserer Deutschlandstudie war mehr als jedes zweite Beschäftigungsverhältnis ein Arbeitsplatz im Bereich Soziale Dienste oder Gesundheitswesen.¹³ Vor diesem Hintergrund kann künftig im Hinblick auf die Schaffung von Arbeitsplätzen im Dritten Sektor nicht zu viel erwartet werden. Ein „Jobmotor“, von dem in nächster Zeit ein „Beschäftigungswunder“ in unserem Land ausgehen wird, ist der Sektor insofern nicht, als gerade die beschäftigungsintensiven Organisationen, nämlich die Mitgliedereinrichtungen der Wohlfahrtsverbände, eng in die sozialstaatliche Daseinsvorsorge eingebunden und daher von den derzeitigen finanziellen Problemen der Sozialversicherungssysteme sowie der öffentlichen Hand stark betroffen sind. Ferner lässt sich im Bereich Gesundheitswesen, insbesondere bei den Krankenhäusern, ein Trend zur Gründung von GmbHs und damit ein Wechsel vom Dritten Sektor in den Markt feststellen. Der Grund hierfür ist darin zu sehen, dass im Rahmen des staatlicherseits forcierten Kontraktmanagements die Rechtsform des Dienstleisters keine Rolle mehr spielt.

Es waren daher auch nicht diese Bereiche des Dritten Sektors, die in den neunziger Jahren prozentual betrachtet die größten Zuwachsraten in puncto Beschäftigung aufwiesen. Dies traf vielmehr für jene vergleichsweise jungen und sich dynamisch entwickelnden Arbeitsbereiche wie etwa Umwelt- und Naturschutz oder Internationale Aktivitäten zu, die – wenn auch ausgehend von einem teilweise sehr niedrigen Niveau – Zuwachsraten bei der Beschäftigung von 90 (Internationale Aktivitäten) bis zu mehr als 300 Prozent (Umwelt- und Naturschutz) verzeichneten. Gleichfalls zeigt sich an dieser Entwicklung deutlich die zunehmende Professionalisierung gerade jener Arbeitsbereiche von Dritte-Sektor-Organisationen, die im Kontext der neuen sozialen Bewegungen entstanden und vor allem in den Politikfeldern Ökologie und humanitäre Hilfen bzw. Entwicklungspolitik inzwischen in einem beachtlichen Umfang als „Partner des Staates“ tätig sind.¹⁴ Wurden

¹³ Vgl. A. Zimmer/E. Priller (Anm. 3), S. 57.

¹⁴ Vgl. Dieter Rucht/Jochen Roose, Zur Institutionalisierung von Bewegungen: Umweltverbände und Umweltproteste in der Bundesrepublik, in: Annette Zimmer/Bernhard Wessels (Hrsg.), Verbände und Demokratie in Deutschland, Opladen 2001, S. 261–290.

diese Tendenzen der Institutionalisierung und Professionalisierung des bürgerschaftlichen Engagements von der Forschung auf diesem Feld lange Zeit kritisch kommentiert,¹⁵ so hat hier mittlerweile eine nüchterne Betrachtungsweise Einzug gehalten. Analog zu den Mitgliederorganisationen der Wohlfahrtsverbände, die aus einer primär lokal verankerten „privaten Wohlfahrtskultur“ karitativer Vereine entstanden¹⁶ und sich infolge der Einbindung in wohlfahrtsstaatliche Politiken zunehmend von „Wertgemeinschaften zu Dienstleistungsunternehmen“¹⁷ gewandelt haben, lässt sich ein vergleichbarer organisationaler Lebens- und Veränderungszyklus auch für Dritte-Sektor-Organisationen feststellen, die ihren Ursprung im Bewegungsmilieu der achtziger Jahre haben.

In puncto Beschäftigung blicken diese vergleichsweise jungen Dritte-Sektor-Organisationen jedoch deutlich positiver in die Zukunft als die Mitgliederorganisationen der Wohlfahrtsverbände. Dies ist primär auf ihren jeweils unterschiedlichen Finanzierungsmix zurückzuführen. Während Dritte-Sektor-Organisationen in den Bereichen Umweltschutz und Internationales mehrheitlich eine gemischte Finanzierungsstruktur aufweisen, die sich aus selbst erwirtschafteten Mitteln, Mitgliedsbeiträgen, zum Teil beachtlichen Spendenleistungen sowie öffentlicher Förderung zusammensetzt, finanzieren sich die Organisationen der Bereiche Gesundheitswesen und Soziale Dienste primär aus Leistungsentgelten der Sozialversicherungen und öffentlichen Zuwendungen. Wenngleich nach Angaben der Wohlfahrtsverbände die Gesamtzahl der Beschäftigten in ihren Mitgliederorganisationen bisher nur deshalb nicht zurückgegangen ist, weil der Abbau von Vollzeit- zugunsten von Teilzeitarbeitsplätzen und geringfügiger Beschäftigung kompensiert wurde, wird mit Blick auf die anstehenden Sparpakete der öffentlichen Hand die zukünftige Beschäftigungsentwick-

lung aus der Sicht der Organisationen eher pessimistisch eingeschätzt.¹⁸ Dies trifft nicht in gleicher Weise auf die ehemaligen Bewegungsorganisationen zu, die sich im Vergleich zu den gemeinnützigen sozialen Dienstleistern insgesamt durch mehr Selbstbewusstsein und eine stärkere politische Orientierung auszeichnen.¹⁹

Heterogenität der Beschäftigungsstrukturen und Engagementmotive

Gemeinsam ist den neuen und alten Organisationen, dass sich auch bei den etablierten und hoch professionalisierten Organisationen ein „Kern“ ihres bürgerschaftlich bewegten Ursprungs und damit ihres spezifischen Charakters als Wertgemeinschaft feststellen lässt: Sie sind nach wie vor nicht nur attraktiv für Ehrenamt und freiwillige Mitarbeit bzw. Volunteering, sondern in ihrem Kontext findet auch tatsächlich mehr als 80 Prozent des bürgerschaftlichen Engagements statt.²⁰ Nach unseren Ergebnissen belief sich das Gesamtvolumen der in gemeinnützigen Organisationen in Deutschland geleisteten freiwilligen Arbeit bereits Ende der neunziger Jahre auf ein Äquivalent von umgerechnet mindestens 400 000 Vollzeitarbeitsplätzen.²¹ Besonders attraktiv für freiwillige Mitarbeit sind zweifellos die in den Bereichen Kultur, Freizeit und Erholung tätigen Organisationen. Vor allem die Sportvereine schlagen hier zu Buche. Aber auch die in den Bereichen Umweltschutz, Internationales, Gesundheit und Soziale Dienste tätigen Organisationen binden in ganz erheblichem Umfang und trotz eines beachtlichen Professionalisierungsgrades bürgerschaftliches Engagement.

Damit ist gleichzeitig eine weitere Strukturbesonderheit von Dritte-Sektor-Organisationen angesprochen: das Nebeneinander von Lohnarbeit als hauptamtlicher Beschäftigung und bürgerschaftlichem Engagement als ehrenamtliche Leitungs- und Führungstätigkeit wie auch als freiwillige unbezahlte Mitarbeit (Volunteering). Im Alltag

¹⁵ Vgl. Roland Roth/Dieter Rucht (Hrsg.), *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik*, Bonn 1990.

¹⁶ Vgl. Christoph Sachße, *Freiwilligenarbeit und private Wohlfahrtskultur in historischer Perspektive*, in: Annette Zimmer/Stefan Nährlich (Hrsg.), *Engagierte Bürgerschaft. Traditionen und Perspektiven*, Opladen 2000, S. 75–88.

¹⁷ Vgl. Thomas Rauschenbach/Christoph Sachße/Thomas Olk (Hrsg.), *Von der Wertgemeinschaft zum Dienstleistungsunternehmen*, Frankfurt/M. 1995.

¹⁸ Vgl. Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, *Die Freie Wohlfahrtspflege – Profil und Leistungen*, Freiburg 2002.

¹⁹ Vgl. A. Zimmer/E. Priller (Anm. 3), S. 147 f.

²⁰ Vgl. den Beitrag von Thomas Gensicke in diesem Heft.

²¹ Vgl. A. Zimmer/E. Priller (Anm. 3), S. 60.

der Organisationen sind die Übergänge zwischen bürgerschaftlichem Engagement und bezahlter Beschäftigung häufig fließend. So zeigen Untersuchungen zu Sportvereinen in Ostdeutschland, dass auch nach Auslaufen der ABM-Programme und -Verträge die Tätigkeit als Übungsleiter bzw. -leiterin, als Sportwart oder Trainer in den Vereinen ehrenamtlich fortgesetzt wurde.¹²²

Christiane Frantz¹²³ hat in ihrer Studie zu Karrieren in NGOs herausgearbeitet, dass eine hauptberufliche Tätigkeit in den international tätigen Dritte-Sektor-Organisationen insofern mit hohen „Eintrittskosten“ verbunden ist, als nahezu alle der von ihr interviewten Hauptamtlichen zuvor ehrenamtlich, wenn nicht bei der betreffenden Organisation, dann aber bei einer anderen Dritte-Sektor-Organisation in diesem Arbeitsbereich tätig gewesen waren. Ferner finden sich hier auch eine Reihe von „Sektorumsteigern“, die gemäß den Untersuchungsergebnissen von Christiane Frantz eine gut dotierte Position im Sektor Markt ganz bewusst zugunsten einer Beschäftigung – in der Regel eine Leitungstätigkeit – im Dritten Sektor aufgegeben haben. Als Motive für den beruflichen Wechsel werden die im Vergleich zu den Sektoren Markt und Staat größeren Gestaltungsspielräume, die Sachbezogenheit der Arbeit sowie vor allem die Zielsetzungen der Organisationen und damit ihre besondere Qualität als „Wertgemeinschaften“ genannt. Die Ergebnisse von im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) bei mehr als 2 000 Leitungs- und Führungskräften durchgeführten Telefoninterviews¹²⁴ bestätigen die Befunde zu den Berufs- und Ehrenamtskarrieren im Dritten Sektor: Beschäftigung in diesem Sektor ist demnach mehr als Lohnarbeit! Gerade auch die hauptamtlich Beschäftigten zeichnen sich durch eine starke Wertorientierung und eine hohe Bereitschaft zum bürgerschaftlichen Engagement in seinen vielfältigen Formen aus.

Doch sind in Dritte-Sektor-Organisationen nicht „traditionelle Altruisten“ tätig. Beson-

ders die Studie von Christiane Frantz zeigt, dass der Berufsalltag auch hier in hohem Maße von Pragmatismus geprägt ist. Zur Professionalität gehört auch der Blick für das Machbare. Der Wunsch, eigenen Vorstellungen und Neigungen nachgehen zu können – Selbstverwirklichungsmotive – ist ein wesentlicher Anreiz sowohl für die Aufnahme einer hauptamtlichen Tätigkeit, also für Beschäftigung, wie auch für ein Aktivsein in einer Leitungstätigkeit auf Vorstandsebene im Ehrenamt oder aber als freiwilliger Mitarbeiter bei einer Dritte-Sektor-Organisation. Hierbei variieren die Motive durchaus zwischen „Spaß an der Tätigkeit“ und „Etwas dazulernen zu wollen“. Letzteres ist, wie verschiedene Studien zeigen,¹²⁵ insbesondere für Frauen und in zunehmendem Maße auch für Jugendliche und junge Erwachsene ein wichtiger Anreiz für Volunteering als unbezahlte Mitarbeit in einer gemeinnützigen Organisation. Vor dem Hintergrund einer Wissensgesellschaft, die uns mit der Anforderung eines lebenslangen Lernens konfrontiert, gewinnt bürgerschaftliches Engagement als unbezahlte freiwillige Tätigkeit nochmals einen anderen Stellenwert. Danach sind Dritte-Sektor-Organisationen auch Lernfelder und Erprobungsraum nicht nur für soziale Kompetenzen, worauf insbesondere im Kontext der Sozialkapitaldiskussion Bezug genommen wird, sondern eben auch für alltagspraktisches und berufsrelevantes Wissen. Die Ergebnisse unserer Organisationsbefragung zeigen deutlich, dass bürgerschaftlich Engagierte als freiwillige Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in einem sehr breiten und klar berufsqualifizierenden Spektrum von Tätigkeiten aktiv sind.¹²⁶ Dieses reicht von Öffentlichkeitsarbeit, Interessenvertretung und Fundraising über die Organisation von Veranstaltungen bis hin zu Buchführung, Adressenverwaltung oder Transport- und Fahrdiensten.

Ferner weisen neuere Studien die Vielschichtigkeit und die multiplen Verbindungen zwischen bürgerschaftlichem Engagement und beruflicher Tätigkeit außerhalb des Dritten Sektors aus. Gemäß der qualitativen Stu-

¹²² Vgl. Jürgen Baur/Sebastian Braun, Zweiter Arbeitsmarkt im Sport, Aachen 1999.

¹²³ Vgl. C. Frantz (Anm. 3).

¹²⁴ Näheres vgl. <http://www.be-management.org>. Die Projektergebnisse werden in Kürze veröffentlicht.

¹²⁵ Vgl. Gisela Jakob, Zwischen Dienst und Selbstbezug. Eine biografieanalytische Untersuchung ehrenamtlichen Engagements, Opladen 1993; Lesley Hustinx, Reflexive modernity and styles of volunteering. The Case of the Flemish Red Cross volunteers, Leuven 2003.

¹²⁶ Vgl. A. Zimmer/E. Priller (Anm. 3).

die von Ulrike Schumacher¹²⁷ können sich der Beruf außerhalb des Dritten Sektors und bürgerschaftliches Engagement als unbezahlte Leitungstätigkeit oder Mitarbeit in gemeinnützigen Organisationen *gegenseitig ergänzen* oder *wechselseitig verstärken*. Das Engagement kann als *Alternative* und/oder *Ausgleich* zum stressigen Beruf sowie als Wiedereinstieg in den Berufsalltag dienen.

Die besondere Arbeits- und Beschäftigungsstruktur in Dritte-Sektor-Organisationen, die sich durch ein Miteinander von bürgerschaftlichem Engagement und bezahlter Tätigkeit auszeichnet, wird weiter verstärkt durch die Heterogenität der Beschäftigungsverhältnisse. Diese schließen haupt- und nebenamtliche Tätigkeiten ebenso ein wie Voll- und Teilzeitarbeit, Honorartätigkeit, stundenweise Beschäftigung sowie auch besondere Beschäftigungsformen, wie etwa in der Vergangenheit Zivildienst oder ABM und gegenwärtig die so genannten Ein-Euro-Jobs. Analog zu den Sektoren Staat und Markt lässt sich bei den beschäftigungsintensiven Organisationen derzeit ein deutlicher Trend zur Flexibilisierung der Beschäftigungsformen und insbesondere die Zunahme von Teilzeitbeschäftigung feststellen. Ferner sind gemeinnützige Organisationen ein wichtiger Arbeitsmarkt für Frauen. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die beschäftigungsintensiven Organisationen vorrangig in den Bereichen Soziale Dienste und Gesundheitswesen zu finden sind. Allerdings sind, analog zur Beschäftigungssituation in Marktunternehmen und staatlichen Einrichtungen, auch in Dritte-Sektor-Organisationen Frauen in Leitungs- und Führungspositionen eher selten tätig.

Eine Beschäftigungsstruktur, die sich durch einen hohen Frauenanteil und flexible Arbeitsformen auszeichnet, kann sowohl negativ als Ausdruck von Kürzungsmaßnahmen und „Billigjobs“ gebrandmarkt als auch positiv als Chance zur Integration und damit als Brücke in den Arbeitsmarkt eingeschätzt werden. Je nach Perspektive wird dies sehr unterschiedlich wahrgenommen, wobei je-

¹²⁷ Vgl. Ulrike Schumacher, Kombinationen von bürgerschaftlichem Engagement und Erwerbsarbeit. Zur Rolle freiwilliger Tätigkeiten in der Krise der Arbeitsgesellschaft, in: Sandra Kotlenga/Barbara Nägele/Nils Pagels/Bettina Ross (Hrsg.), *Arbeit(en) im Dritten Sektor. Europäische Perspektiven*, Mössingen-Thalheim 2005, S. 188–200.

doch nicht vergessen werden darf, dass der Dritte Sektor aufgrund seiner Spezifik kein Äquivalent zum „normalen“ Arbeitsmarkt darstellt. Dafür sind seine Organisationen zu sehr durch bürgerschaftliches Engagement geprägte und auf die Ressource Solidarität angewiesene Wertgemeinschaften, die jedoch gerade aufgrund dieser Strukturbesonderheit flexibel auf gesellschaftliche Bedarfe reagieren und damit maßgeblich zur gesellschaftlichen Integration beitragen können. Nicht zuletzt infolge der Heterogenität der Beschäftigungsstrukturen und der engen Verbindung zwischen bürgerschaftlichem Engagement und beruflicher Tätigkeit sind Dritte-Sektor-Organisationen unter anderem in der Lage, den Übergang zwischen verschiedenen Lebensphasen oder auch Beschäftigungsverhältnissen zu erleichtern. Die besondere Eignung des Dritten Sektors als „Übergangsarbeitsmarkt“¹²⁸ äußert sich nicht nur in den besonderen Beschäftigungschancen für Frauen, denen aufgrund flexibler Arbeitszeitgestaltung die Vereinbarkeit von beruflicher Tätigkeit und familiären Aufgaben hier offenbar besser gelingt als in anderen Bereichen, sondern auch in der überproportionalen Beschäftigung von Älteren.¹²⁹

Die hohe Attraktivität von Dritte-Sektor-Organisationen als Arbeitsplatz bestätigen Befragungen von Beschäftigten in Dritte-Sektor-Organisationen.¹³⁰ Besonders positiv fielen die Bewertungen hinsichtlich der Leitung, Arbeitsorganisation, Führung durch die Vorgesetzten und des Betriebsklimas aus. Auch die hohe Motivation der Beschäftigten, die allgemeine Zufriedenheit mit ihrer beruflichen Tätigkeit sowie eine bewusste Entscheidung für eine berufliche Tätigkeit in diesem Sektor spielen eine große Rolle. Besonders positiv werden die Beziehungen unter den Mitarbeitern und das Image der Organisation als Arbeitgeber bewertet. Hervorgehoben wird von den Beschäftigten, dass sie eine

¹²⁸ Günther Schmid, Wege in eine neue Vollbeschäftigung. Übergangsarbeitsmärkte und aktivierende Arbeitsmarktpolitik, Frankfurt/M. 2002; Annette Zimmer/Christina Stecker (Hrsg.), *Strategy Mix for Nonprofit Organisations. Vehicles for Social and Labour Market Integrations*, New York 2004.

¹²⁹ Vgl. Dietmar Dathe/Ernst Kistler, *Arbeit(en) im Dritten Sektor*, in: S. Kotlenga u. a. (Anm. 27), S. 54–66.

¹³⁰ Vgl. Ruth Simsa, *Beschäftigung im Dritten Sektor*, in: S. Kotlenga u. a. (Anm. 27), S. 167–187.

sinnvolle und verantwortungsvolle Tätigkeit ausüben und Freude an ihrer Arbeit hätten. Unzufriedenheit findet man hingegen eher bei der Entlohnung und den beruflichen Aufstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten. In Abhängigkeit von den Bereichen des Dritten Sektors werden bestimmte Belastungen auch als negativ empfunden. Im Pflegebereich sind dies der „Zeitdruck“, der psychische Stress und die seelisch belastende und aufreibende Arbeit. Hohe Arbeitsbelastungen sind in diesem Bereich zudem häufig mit schlechten Arbeitsbedingungen gekoppelt. Dies wird dadurch verstärkt, dass beispielsweise im Sozialbereich durch die zunehmende Budgetierung und den Kostendruck von Seiten des Staates die Organisationen effizienter arbeiten müssen, was zu höherer Arbeitsbelastung und Überforderung der Mitarbeiter führen kann.

Attraktivität und Erfolg als Herausforderung

Dritte-Sektor-Organisationen sehen sich aber nicht nur als Arbeitgeber gestiegenen Anforderungen gegenüber, die im Wesentlichen auf Veränderungen ihrer Organisationsumwelt – wie etwa die Einführung des Kontraktmanagements im Sozialbereich – zurückzuführen sind. Entsprechendes gilt auch für ihre Funktion als organisationale Basis bürgerschaftlichen Engagements. Wachstum und damit die Attraktivität der Organisationen werden hierbei zur Herausforderung ihrer Existenzsicherung. So ist die Zahl der eingetragenen Vereine³¹ in den vergangenen Jahren beständig gestiegen. 2005 wurden in den Vereinsregistern rund 594 000 eingetragene Vereine geführt.³² Jährlich werden zahlreiche Vereine neu gegründet, von denen sich allein rund 15 000 in die Vereinsregister eintragen lassen. Durch diese Entwicklung hat sich die Vereinsdichte stark erhöht. Während 1960 in der alten Bundesrepublik nur 160 Vereine je 100 000 Einwohner gezählt wurden, waren es 2003 rund 700 und 2005 bereits rund 725 Vereine je 100 000 Einwohner.

Dieser Gründungsboom hat insofern auch eine Schattenseite, als die Zunahme der Orga-

nisationen mit deutlichen Problemen ihrer Ressourcensicherung einhergeht. So wurden im Kontext einer Münsteraner Vereinsstudie³³ als drängende Probleme unter anderem der Mangel an Kontakten zu potenziellen Geldgebern sowie die zurückgehende Förderung der Vereinstätigkeit durch öffentliche Mittel angegeben. Das zentrale und am häufigsten angegebene Problem war jedoch, dass sich die Vereine mit der Schwierigkeit konfrontiert sehen, genügend bürgerschaftlich Engagierte für Leitungstätigkeiten sowie für die Übernahme von freiwilligen unbezahlten Tätigkeiten zu gewinnen. Als das mit Abstand größte Problem der aktuellen Arbeit der Organisationen wurde daher die Aufgabe genannt, bürgerschaftliches Engagement auf Dauer sicherzustellen. Vor diesem Hintergrund ist ein Umdenken der Dritte-Sektor-Organisationen unabdingbar. Es ist höchste Zeit, dass die Organisationen jenseits aller Professionalisierung ihrer Basis wieder mehr Beachtung schenken. Die gezielte Ansprache und das aktive Werben neuer Mitglieder, von ehrenamtlichem Führungspersonal und freiwilligen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen sind dringend erforderlich. Die Bereitschaft zum bürgerschaftlichen Engagement befindet sich in Deutschland auf Wachstumskurs, gleichzeitig ist jedoch ein Wandel der Formen des Engagements festzustellen. Es werden eher zeitlich begrenzte und mehr projektartige Tätigkeiten nachgefragt. Dies ist insofern ein Problem für Dritte-Sektor-Organisationen, da Leitungstätigkeit eine gewisse Erfahrung und eine genaue Kenntnis der Organisation voraussetzt. Gemeinnützige Organisationen müssen sich daher auf die veränderte Situation einstellen und sich mehr als bisher bemühen, ihre Mitglieder und Engagierten an Leitungs- und Führungsaufgaben heranzuführen und diese auch für das gesamte Spektrum der Mitglieder – also auch für Frauen und Jüngere – attraktiv zu gestalten. Ferner sollte freiwilliger Mitarbeit auch unterhalb der Vorstandsebene ein höherer Stellenwert eingeräumt werden, etwa durch die Einrichtung der Position eines „Freiwilligenkoordinators“ oder durch Schulungs- und Fortbildungsangebote. Solche Angebote vermitteln Know-how, das man für die persönliche Zukunft auch außerhalb des Engagements im

³¹ Die Mehrheit der Dritte-Sektor-Organisationen ist hierzulande in der Rechtsform des Vereins organisiert.

³² Vgl. V & M Service GmbH, Konstanz 2005, <http://www.npo-info.de>.

³³ Vgl. Annette Zimmer/Thorsten Hallmann, Mit vereinten Kräften. Ergebnisse der Befragung „Vereine in Münster“, <http://npm-online.de>.

Dritten Sektor nutzen kann. Mit diesen Maßnahmen könnte das Engagement in Vereinen gerade für die jüngere Generation attraktiver gemacht werden. Es ist bekannt, dass Kontakte und Informationen gerade auch für den Einstieg und weiteren Erfolg im Beruf und am Arbeitsplatz von zentraler Bedeutung sind. Das Fehlen von Kontaktnetzwerken – und insofern Desintegration – ist heute der entscheidende Grund dafür, dass Jugendliche und junge Erwachsene keine Lehrstelle und keine feste Anstellung finden. Es verwundert nicht, dass hier besonders die so genannten benachteiligten Jugendlichen und jungen Erwachsenen – aus einkommenschwachen und/oder defekten Elternhäusern sowie auch aus Familien mit Migrationshintergrund – den Eintritt in den Berufsalltag und damit in eine dauerhafte Beschäftigung in deutlich geringerem Umfang als Jugendliche aus so genanntem „gutem Hause“ meistern. Gemäß den Ergebnissen des zweiten Freiwilligensurveys sind gerade diese Jugendlichen und jungen Erwachsenen kaum bürgerschaftlich engagiert und damit auch nicht in die Infrastruktur der gemeinnützigen Organisationen des Dritten Sektors eingebunden, die aber zweifellos ein wichtiges Informationsnetzwerk und – indirekt – auch eine Art Vermittlungsbörse für Kontakte und Wege in den Arbeitsmarkt darstellen.

Vor diesem Hintergrund gewinnt das Thema bürgerschaftliches Engagement und Beschäftigung eine ganz andere Bedeutung. Ein florierender Dritter Sektor, der alle Gruppen der Bevölkerung einschließt und einen Raum des sozialen wie berufspraktischen Kompetenzerwerbs bietet, wird zur Investition in die Zukunft. Insofern sollten gemeinnützige Organisationen sich auch nicht scheuen, Position zu beziehen und sich noch stärker als bisher gesellschaftspolitisch einzumischen. Um sich aber heute in öffentlichen Debatten Gehör zu verschaffen, ist es notwendig, Kräfte zu bündeln und gemeinsam Position zu beziehen. Dritte-Sektor-Organisationen haben allen Grund dazu, sich stärker einzubringen als bisher: Als Ausdruck, Infrastruktur und Motor bürgerschaftlichen Engagements befinden sie sich nachweislich und kontinuierlich auf Wachstumskurs. Sie sind daher ein Positivmodell für eine bürgernahe und dynamische Zukunftsgestaltung.

Reinhard Fatke · Helmut Schneider · Sigrid Meinhold-Henschel · Martin Biebricher

Jugendbeteiligung – Chance für die Bürgergesellschaft

Politik und Leben fallen zunehmend auseinander. In der Konfrontation mit einem nur noch begrenzt als leistungsfähig erlebten Staat wird die Rückgewinnung des Bürgers als eigenverantwortlich handelndes Subjekt zum Ansatzpunkt gesellschaftspolitischer Reformen. Dieser Prozess lässt sich für viele westliche Länder beobachten und wird aus unterschiedlichen Quellen gespeist:¹

– Die Überlastung des Staates durch die Übernahme immer neuer Aufgaben im Zuge des Ausbaus des Sozialstaats wird dynamisiert durch die bereits Mitte der siebziger Jahre einsetzende Stagnation der wirtschaftlichen Entwicklung.

– Die Steuerfähigkeit des demokratischen Systems wird eingeschränkt durch Globalisierungspro-

Reinhard Fatke

Dr. rer. soc. habil., geb. 1943; Ordinarius für Pädagogik an der Universität Zürich. Wiss. Leiter der empirischen Untersuchung „mitWirkung!“; Päd. Institut der Universität Zürich, Freiestrasse 36, CH-8032 Zürich. fatke@paed.unizh.ch

Helmut Schneider

PD Dr. phil. Dr. rer. pol., geb. 1966; Prof. für Marketing und Dialogmarketing an der Steinbeis-Hochschule Berlin (z. Zt. Marmara Universität Istanbul), Gürtelstr. 29 A/30, 10247 Berlin. h.schneider@steinbeis-studium.de

Sigrid Meinhold-Henschel

geb. 1960; Projektleiterin der Initiative „mitWirkung!“. Bertelsmann Stiftung, Carl-Bertelsmann-Straße 256, 33311 Gütersloh. sigrid.meinhold-henschel@bertelsmann.de www.mitwirkung.net

Martin Biebricher

geb. 1972; Projektmanager der Initiative „mitWirkung!“. Bertelsmann Stiftung martin.biebricher@bertelsmann.de www.mitwirkung.net

¹ Vgl. Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags, „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“, Bürgerschaftliches Engagement: Auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft, Opladen 2002, S. 95 ff.

zesse. Die Handlungsspielräume nationaler Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik werden immer stärker reduziert.

– Die Bildungsexpansion seit Ende der sechziger Jahre steigert das Partizipationsbedürfnis der Menschen. Beteiligung gilt als zukunftsweisendes Prinzip der postindustriellen liberalen Demokratie. Die aktive Teilhabe des Bürgers kann in dieser Sicht nicht auf das Wahlrecht beschränkt werden, sondern das demokratische Gemeinwesen verwirklicht sich erst in einer möglichst umfassenden Mitwirkung des Einzelnen an Entscheidungen. Demokratie wird nicht mehr vorrangig als Staatsform angesehen, sondern als Lebensform.¹²

Vor diesem Hintergrund gewinnt das Leitbild der Bürgergesellschaft an politischer Überzeugungskraft: Der Einzelne übernimmt einerseits für die Belange des Gemeinwesens größere Verantwortung und bekommt andererseits erweiterte Teilhabemöglichkeiten. „Bürgergesellschaft heißt, sich von der Vorstellung der Allzuständigkeit des Staates zu verabschieden, zuzulassen und zu fordern, dass Bürgerinnen und Bürger in größerem Maße für die Geschicke des Gemeinwesens Sorge tragen. Bürgergesellschaft ist eine Gesellschaft selbstbewusster und selbstverantwortlicher Bürger, eine Gesellschaft der Selbstermächtigung und Selbstorganisation.“¹³

Die skizzierten gesellschaftspolitischen Entwicklungslinien haben dazu beigetragen, dass in den vergangenen 20 Jahren ein grundlegender Umdenkungsprozess im Bereich der Kinderrechte stattgefunden hat. Insbesondere die Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention im Jahr 1992 hat das Thema der Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland befördert. Doch die normative Forderung „Auch Kinder haben Rechte!“ ist nicht der einzige Begründungszusammenhang. In der öffentlichen Diskussion wird für eine Stärkung der Kinder- und Jugendbeteiligung mit weiteren Argumenten geworben:

– Die Individualisierung von Lebensläufen, die Pluralisierung von Lebensformen und die

Internationalisierung der Bevölkerung bedingen die Frage, wie die Vermittlung gesellschaftlicher Werte und der Aufbau sozialen Kapitals zukünftig gelingen kann. Partizipationsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche werden vor diesem Hintergrund pädagogisch begründet. Sie sind Handlungsansatz der Erziehung und der Wertevermittlung. In dieser Perspektive werden Partizipationsprojekte auch zum Hebel, um defizitäre gesellschaftliche Entwicklungen, wie beispielsweise Gewalt und Rechtsextremismus, zu bekämpfen.

– Zunehmend in den Mittelpunkt rückt der demografische Begründungszusammenhang. Kinder werden als „Humanressource“, als zukünftiges Kapital für die Funktionsfähigkeit der Gesellschaft wahrgenommen. Der nachwachsenden Generation wird einerseits die Aufgabe zugeordnet, gesellschaftliche Innovationen anzustoßen, andererseits geht es um Fragen der Systemstabilisierung, etwa der Finanzierung der Sozialversicherungen. Funktional und nicht vom Kind als Subjekt ausgehend, wird die Notwendigkeit der Kinder- und Jugendpartizipation mit einem Kompetenzaufbau für künftige Aufgaben begründet. Das Argument, aus Zweck-Mittel-Überlegungen die Partizipationsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen zu stärken, zieht jedoch berechtigte Kritik auf sich.

– Ebenfalls durch den demografischen Wandel hat der Aspekt der Generationengerechtigkeit an Gewicht gewonnen. Da die nachwachsende Generation erstmals in der deutschen Nachkriegsgeschichte vor der Situation steht, dass sie mit weniger Ressourcen auskommen muss, anstatt von einem ungebremsen Wachstum profitieren zu können, stellt sich die Frage des Interessenausgleichs zwischen Alt und Jung neu. Die Forderung, Kinder und Jugendliche stärker zu beteiligen, wird angesichts des anstehenden Problemdrucks mit der Notwendigkeit begründet, der Tendenz demokratischer Systeme zu begegnen, Probleme in die Zukunft zu verschieben und ihre Lösung den nächsten Generationen zu überantworten.

– Im Hinblick auf Planungsprozesse, beispielsweise in der Stadtentwicklung, hat sich in den vergangenen Jahren ein kommunikativer Ansatz durchgesetzt: Die Betroffenen werden von Anfang an einbezogen. Auf diese

¹² Vgl. Manfred G. Schmidt, *Demokratietheorien*, Opladen 2000.

¹³ Vgl. Enquete-Kommission (Anm. 1), S. 76.

Weise sollen nicht nur Planungsfehler vermieden werden, sondern es wird auch darauf abgezielt, Umsetzungswiderstände zu minimieren. Dialogorientierte Verfahren sollen dazu beitragen, Städte lebenswerter zu machen – und diese im zunehmenden Standortwettbewerb auch als kinder- und familienfreundlich zu profilieren. Eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an sie betreffenden Planungsprozessen entspricht den Qualitätsanforderungen dieses Planungsverständnisses. Sie werden als Experten für ihre eigenen Angelegenheiten angesprochen; ihnen wird die Möglichkeit gegeben, ihre Anliegen und Bedürfnisse einzubringen, da Planer diese nur in Teilen antizipieren können.

Die Partizipation junger Menschen hat in den vergangenen 20 Jahren somit in Wissenschaft und Praxis eine deutliche Aufwertung erfahren. Dabei sind nachhaltige Demokratieentwicklung, Schaffung individueller Bildungschancen, Qualifizierung von Planungsprozessen und soziale Integration gewichtige Argumente für die Beteiligung junger Menschen.

In Anbetracht dieser Zielsetzung ist mit Partizipation also mehr als nur die übliche deutsche Übersetzung des lateinischen Wortes „Teilhabe“ gemeint. Denn Teilhabe bedeutet im umgangssprachlichen Gebrauch im Allgemeinen nicht mehr, als sich an irgendetwas zu beteiligen. Viele Erwachsene – in der Politik und in der Erziehung – verstehen unter Partizipation nur, dass man Kinder und Jugendliche zu Wort kommen lässt und ihnen Gehör schenkt.

Doch erst wenn Kinder und Jugendliche an Entscheidungen mitwirken, die sie betreffen, wenn sie in wichtigen Belangen mitbestimmen und auf diese Weise aktiv ihre Lebensbereiche mitgestalten, kann von Partizipation im eigentlichen Sinne gesprochen werden.¹⁴ So verstanden, bedeutet Partizipation von Kindern und Jugendlichen – in Übereinstimmung mit dem ursprünglichen lateinischen Wortsinn

¹⁴ Das ist auch der Sinn von Art. 12 der „Konvention über die Rechte des Kindes“ der Vereinten Nationen: „Die Vertragsstaaten sichern dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife.“

(*partem capere*) –, einen Teil der Verfügungsgewalt über die eigene Lebensgestaltung von den Erwachsenen zu übernehmen.

Der Partizipation im öffentlichen Raum, das heißt im kommunalen Gemeinwesen, kommt eine besondere Bedeutung zu, weil der Wohnort und damit das unmittelbare Lebensumfeld biografisch der erste gesellschaftliche und politische Lernort ist. Hier entscheidet sich maßgeblich, welche Einstellungen junge Menschen zur Politik und deren Vertretern sowie zur Demokratie allgemein erwerben, ob Kinder und Jugendliche tatsächlich als Akteure ihrer eigenen Lebensgestaltung ernst genommen und in die Gestaltung des gesellschaftlichen und politischen Lebens einbezogen oder ob sie nur für politische Zwecke der Erwachsenen instrumentalisiert werden.

Formen der Beteiligung

Hinsichtlich der Formen, Methoden und Vorgehensweisen der Kinder- und Jugendbeteiligung gibt es unterschiedliche Ansätze. Differenziert werden kann zwischen kinderpolitischen Modellen, in denen Erwachsene die Interessen von Kindern und Jugendlichen anwaltschaftlich vertreten, zum Beispiel durch Kinderbeauftragte, Kinderkommissionen, Kinderbüros oder Kinderanwälte, und Ansätzen, in denen Kinder unmittelbare Beteiligungsmöglichkeiten haben. Letztere lassen sich wiederum strukturieren nach repräsentativen, offenen und projektorientierten Verfahren. Während in repräsentativen Modellen junge Menschen stellvertretend die Interessen ihrer Altersgruppe wahrnehmen, eröffnen Kinder- und Jugendforen spontane und personell nicht eingegrenzte Teilnahmemöglichkeiten. Projektorientierte Formen sind schließlich durch einen thematischen Fokus und eine zeitliche Begrenzung der Mitarbeit gekennzeichnet.

Oft sind anwaltschaftliche Formen mit unmittelbaren Beteiligungsmöglichkeiten verknüpft. Hinsichtlich der unmittelbaren Beteiligung besteht in der Fachdiskussion Konsens darüber, dass jede der Beteiligungsformen mit Vor- und Nachteilen behaftet ist. Die repräsentativen Formen erreichen nicht alle Kinder und Jugendlichen und begünstigen strukturell ältere, männliche und gut gebildete Jugendli-

che.¹⁵ Offenen und projektorientierten Formen mangelt es hingegen oft an Nachhaltigkeit und Verbindlichkeit. Festzustellen ist, dass bislang noch nicht in ausreichendem Maße nach Wegen gesucht wird, die unterschiedlichen Ansätze miteinander zu verbinden und dadurch eine neue Qualität im Bereich der Kinder- und Jugendpartizipation zu erreichen.

Eine Mischung der verschiedenen Beteiligungsverfahren bietet die Chance, den je spezifischen Interessen junger Menschen gerecht zu werden. Eine ganzheitliche Bearbeitung des Themas eröffnet verschiedene Zugangskanäle und kann auch einen Beitrag zu einer nachhaltigen Verankerung von Beteiligungsaktivitäten im kommunalen Raum leisten.

Zwar gibt es noch andere wichtige Lebensbereiche, in denen Kinder und Jugendliche Partizipationserfahrungen sammeln können, nämlich die Familie und die Schule, aber diese sind von einem schützenden Rahmen umgeben und sind deshalb eher vor- und nebengelagerte Lernfelder für Partizipation in der Kommune. Die aus verschiedenen Jugendstudien der letzten Jahre bekannten Ergebnisse zur „Politikverdrossenheit“ lassen darauf schließen, dass die junge Generation viel zu selten Gelegenheit hat, Erfahrungen – und zwar gute – mit Partizipation im öffentlichen Raum zu sammeln.

Transparenz schaffen, Beteiligung stärken

Projekte und Angebote zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen erleben nicht zuletzt vor dem Hintergrund der oben beschriebenen gesellschaftlichen Herausforderungen einen regelrechten Boom: Viele Kommunen definieren „Kinderfreundlichkeit“ sowie damit verbundene bessere Teilhabechancen für junge Menschen als ein zentrales Zukunftsthema. Zahlreiche innovative Einzelprojekte zeigen, dass verbesserte Partizipationsange-

¹⁵ Vgl. Michael C. Hermann, Institutionalisierte Jugendparlamente: Über Beteiligungsmotivation kommunaler Akteure – Formen, Chancen und Risiken, in: Christian Palentien/Klaus Hurrelmann (Hrsg.), Jugend und Politik. Ein Handbuch für Forschung, Lehre und Praxis, Neuwied – Kriftel – Berlin 1998, S. 333, sowie Kurt Möller, Die Stuttgarter Jugendräte-Studie. Möglichkeiten zur politischen Beteiligung Jugendlicher an gesamtstädtischen Belangen in einer Großstadt, Esslingen 1999, S. 86.

bote gerade auch unter herausfordernden finanziellen bzw. sozialen Rahmenbedingungen erfolgreich sein können.

Dennoch gibt es Handlungsbedarf: Viele Beteiligungsangebote und -verfahren leiden unter mangelnder Nachhaltigkeit und sind oftmals nicht oder nur wenig mit anderen Projekten im kommunalen und schulischen Raum vernetzt. Starke, ohnehin beteiligungsaffine Zielgruppen werden vor allem durch parlamentarische, der Lebenswelt Erwachsener entlehnte Angebote strukturell bevorzugt. Die pädagogischen Fachkräfte in kommunalen Jugendeinrichtungen und Schulen sind häufig nicht ausreichend qualifiziert, um komplexe Verfahren und Planungsprozesse zielgruppengerecht zu moderieren. Auch das vorhandene empirische Wissen reicht nicht aus, um zuverlässige Aussagen über das Mitwirkungspotenzial von Kindern und Jugendlichen, die bevorzugten Beteiligungsformen und die Nutzung der bestehenden Angebote zu treffen. Insbesondere die Frage, wie Kommunen gezielt die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen stärken und ihre Angebote besser an den Nutzern ausrichten können, ist bisher unbeantwortet geblieben.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen hat die Bertelsmann Stiftung gemeinsam mit ihren Partnern UNICEF und dem Deutschen Kinderhilfswerk unter dem Titel „mitWirkung!“ eine Initiative zur Stärkung der Kinder- und Jugendpartizipation in der Kommune gestartet. Die Initiative hat zum Ziel, dass sich junge Menschen aktiv und informiert in die Gestaltung des demokratischen Gemeinwesens einbringen. Aus dieser übergeordneten Zielsetzung wurden folgende Teilziele abgeleitet:

- Herstellung von Transparenz über die gegenwärtige Partizipationssituation junger Menschen durch eine umfassende empirische Untersuchung;
- Identifizierung von Beispielen guter Praxis zur strukturellen Absicherung von Partizipation im kommunalen Gemeinwesen;
- Entwicklung von Strategien für die Aktivierung junger Menschen und Schaffung von Referenzmodellen für vorbildliche Kinder- und Jugendbeteiligung im Rahmen ausgewählter Modellprojekte;

– nachhaltige und flächige Verankerung von Kinder- und Jugendpartizipation durch Transfer der Projektergebnisse.

Alle Teilziele der Initiative „mitWirkung!“ sind darauf ausgerichtet, öffentliches Bewusstsein für die Notwendigkeit der Beteiligung junger Menschen zu schaffen.

Grundlegende Voraussetzung dafür, dass Kinder- und Jugendpartizipation auf kommunaler Ebene strategisch gestärkt und nachhaltig verankert werden kann, ist eine umfassende Analyse der gegenwärtigen Partizipationssituation von Kindern und Jugendlichen. Dabei geht es um zweierlei: *erstens* um eine beschreibende Bestandsaufnahme der Partizipationsangebote auf kommunaler Ebene und des tatsächlichen Partizipationsverhaltens junger Menschen und *zweitens* um die Identifizierung derjenigen Bedingungen, die für Mitwirkung, Beteiligung und Mitgestaltung in der Kommune förderlich bzw. hinderlich sind.

Zu diesen Bedingungen gehören, so ist zu vermuten, insbesondere folgende Einflussfaktoren: auf Seiten der Kommune die Partizipationsmöglichkeiten, zur Verfügung gestellte Ressourcen, politische Unterstützung, Informationsstrategien; auf Seiten der Kinder und Jugendlichen ihre Partizipationserfahrungen aus Familie, Schule und Freizeitbereich und die Zufriedenheit, die sie mit dem Prozess und mit den Ergebnissen verbinden, ferner ihre Kenntnis bestehender Partizipationsmöglichkeiten, ihr politisches Interesse und das Partizipationsengagement ihrer Freunde.

Partizipationssituation von Kindern und Jugendlichen

Als Grundlage für die Entwicklung tragfähiger Handlungskonzepte zur nachhaltigen Stärkung der Kinder- und Jugendbeteiligung hat die Bertelsmann Stiftung gemeinsam mit dem Pädagogischen Institut der Universität Zürich sowie mit Unterstützung durch die Universität Münster eine umfassende empirische Untersuchung zum Partizipationsverhalten junger Menschen durchgeführt. Dazu wurden in 42 deutschen Städten und Gemeinden Kinder und Jugendliche im Alter von 12 bis 18 Jahren nach ihren Mitwirkungsmöglichkeiten, -erfahrungen und Beteiligungs-

wünschen, aber auch nach ihren politischen Einstellungen befragt.

Um die Antworten der Kinder und Jugendlichen zu ihrem Partizipationsverhalten am Wohnort dem kommunalen Partizipationsangebot gegenüberstellen und dann gegeneinander spiegeln zu können, wurden auch die Kommunalverwaltungen befragt. Dadurch ließen sich weitere Faktoren untersuchen, die auf Seiten der Kommune für die Realisierung von Partizipationsangeboten maßgebend sein können, wozu unter anderem Größe, geografische Lage, Finanzkraft, Ressourcen, die für die Partizipation zur Verfügung gestellt werden, Informationspolitik, Zusammenarbeit verschiedener Träger, Schulung des Personals und Zugänglichkeit der Angebote zählen. All dies kann einen entscheidenden Einfluss nicht nur auf das Angebot als solches haben, sondern auch darauf, in welchem Maße es von den Kindern und Jugendlichen in der Kommune wahrgenommen und genutzt wird.

Das Gleiche gilt für den Bereich der Schule. Als öffentliche Institution dürfte die Schule eine besondere Rolle dabei spielen, welche Mitwirkungserfahrungen die Kinder und Jugendlichen im Laufe ihres Entwicklungs- und Erziehungsprozesses machen. Aus diesem Grunde wurden auch die Schulleiter und Lehrer der befragten Kinder und Jugendlichen in die Untersuchung einbezogen. Auf diese Weise können die Angaben der Kinder und Jugendlichen, wie und unter welchen Bedingungen sie in der Schule mitwirken, an den entsprechenden Angaben der Schulleitungen und der Lehrerschaft gespiegelt werden. Neben den 12 084 Kindern und Jugendlichen wurden daher auch die für Partizipation zuständigen Vertreter der 42 beteiligten Kommunen sowie 422 Schulleiter und 631 Lehrer für die Studie befragt.¹⁶

Die Ergebnisse der Untersuchung überraschen auf den ersten Blick nicht: Auf die Frage nach den Mitwirkungsmöglichkeiten in der Familie, in der Schule und am Wohnort gaben drei Viertel der befragten Kinder und Jugendlichen (74,6 Prozent) an, zu Hause viel oder sehr

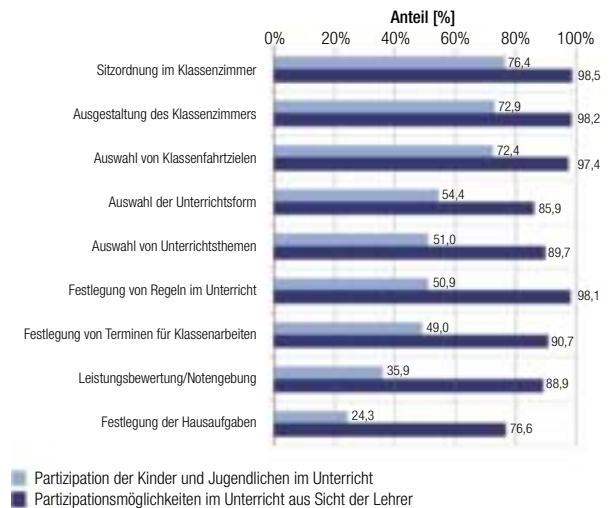
¹⁶ Zum Untersuchungsdesign sowie zur Stichprobe vgl. auch Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Reinhard Fatke/Helmut Schneider, Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland. Daten, Fakten, Perspektiven, Gütersloh 2005 (auch als Download unter <http://www.mitwirkung.net>).

viel mitbestimmen zu können. Solche oder ähnliche Ergebnisse in zahlreichen Jugendstudien der vergangenen Jahre haben das Schlagwort der „Aushandlungsfamilie“¹⁷ geprägt, in der Eltern und Kinder weitgehend gleichberechtigt das Familienleben aushandeln.

In der Schule dagegen sehen nur 14,5 Prozent der Befragten die Möglichkeit, viel oder sehr viel mitbestimmen zu können. Dabei ist die Schulklassen der unmittelbare Bereich, in dem Kinder und Jugendliche Partizipationserfahrungen sammeln können – oder auch nicht. Sie wurden anhand von neun vorgegebenen Entscheidungsfeldern befragt, ob und, wenn ja, in welcher Weise sie einbezogen werden. Das Bild, das sich ergibt, ist gemischt: 4,5 Prozent geben an, dass sie niemals einbezogen werden; 5,1 Prozent werden bei einer Thematik einbezogen, weitere 8,2 Prozent bei zwei, 17,6 Prozent bei bis zu fünf, und nur 6 Prozent bzw. 4,2 Prozent werden bei acht bzw. allen neun Thematiken einbezogen – obwohl es sich hierbei um Themen handelt, welche die Schülerinnen und Schüler unmittelbar berühren. Überraschend ist, dass die befragten Lehrer (wohlgermerkt: Es handelt sich um diejenigen, die auch die befragten Schüler unterrichten) durchweg angeben, dass sie die Schüler in weitaus höherem Maße bei Entscheidungen im Unterricht einbeziehen (*Abbildung 1*). Da die Frage beiden Gruppen nahezu identisch gestellt wurde, sind die Unterschiede nicht auf Formulierungsabweichungen zurückzuführen, sondern auf das unterschiedliche Antwortverhalten der beiden Gruppen. Während bei den drei Thematiken, bei denen auch die Schüler relativ hohe Werte verzeichnen, die Kluft zu den Angaben der Lehrer „nur“ ca. 25 Prozent beträgt, vergrößert sich diese bei der zweiten Gruppe von Thematiken auf 30 Prozent bis sogar 50 Prozent (bei der Leistungsbewertung und der Festlegung von Hausaufgaben). Die Rangfolge der Themen ist dabei weitgehend gleich.

¹⁷ Vgl. Manuela du Bois-Reymonds, Die moderne Familie als Verhandlungshaushalt, in: dies./Peter Brückner/Hans Hermann Krüher/Burkhard Fuhs (Hrsg.), Kinderleben. Modernisierung von Kindheit im interkulturellen Vergleich, Opladen 1994, S. 137–219, sowie Christian Alt/Markus Teubner/Ursula Winklhofer, Partizipation in Familie und Schule – Übungsfelder der Demokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, (2005) 41, S. 24–31.

Abbildung 1: Gegenüberstellung der Themen, bei denen Kinder und Jugendliche im Unterricht nach eigenen Angaben einbezogen werden, und der Beteiligungsmöglichkeiten aus Sicht der Lehrer



Quelle: Bertelsmann Stiftung (Anm. 6).

Ähnlich gering ausgeprägt wie in schulischen Kontexten ist die Mitsprache der Kinder und Jugendlichen im kommunalen Gemeinwesen. Nur 13,6 Prozent der Befragten geben an, oft oder immer im Wohnort mitzuwirken. Dem stehen 60,1 Prozent gegenüber, die nie oder selten in ihrem Wohnort mitwirken. Was die Mitwirkungsaktivitäten in der Kommune betrifft, so ist festzustellen, dass 30,3 Prozent der Kinder und Jugendlichen sich noch nie an einer der (insgesamt 13 vorgegebenen) Aktivitäten beteiligt haben. 52,8 Prozent der Befragten haben bei bis zu drei Aktivitäten schon einmal mitgewirkt. Nur 2,7 Prozent der Kinder und Jugendlichen bekunden eine Mitwirkung an mehr als der Hälfte der Aktivitäten. Auf die Frage, woran sie in ihrem Wohnort schon einmal mitgewirkt haben, entfallen die häufigsten Nennungen auf folgende Aktivitäten:

– Zu einem Thema abgestimmt haben schon mal 39,6 Prozent.¹⁸

¹⁸ Dieser hohe Anteil dürfte sich daraus erklären, dass die Befragten darunter sehr wahrscheinlich nicht formelle kommunale Abstimmungsvorlagen (z. B. Bürgerbegehren), sondern auch Umfragen und Unterschriftenaktionen aller Art verstanden haben.

– An einer genehmigten Demonstration teilgenommen haben 26,6 Prozent.

– Die geringste Mitwirkungshäufigkeit weisen Stadtteilkonferenzen (3 Prozent) und Jugendparlamente oder Jugendräte (4 Prozent) auf.

Wenn man die Einstellung der Kinder und Jugendlichen zur Politik näher betrachtet, ergibt sich ein eher beunruhigendes Bild. Die jungen Menschen bekunden eine ausgesprochen starke Unzufriedenheit mit der Politik im Allgemeinen. Über die Hälfte (52,5 Prozent) von ihnen gibt an, damit unzufrieden (28,9 Prozent) oder sehr unzufrieden (23,6 Prozent) zu sein. Nur 9,4 Prozent sind mit der Politik zufrieden oder sehr zufrieden (die übrigen rund 38 Prozent sind teils zufrieden, teils unzufrieden). Dem entspricht, dass die Aussage „Ich denke, Politiker nehmen Jugendliche nicht wirklich ernst“ ebenfalls auf große Zustimmung stößt. 68,5 Prozent der Befragten sind dieser Meinung; wenn man diejenigen hinzurechnet, die meinen, diese Aussage treffe teilweise zu, erhöht sich der Anteil sogar auf 90,1 Prozent. Nur 9,9 Prozent sind gegenteiliger Ansicht. Die Zustimmungen zu den Aussagen, in der Politik müsse vieles verbessert werden und Jugendliche sollten mehr zu sagen haben, verteilen sich ähnlich. Die meisten stimmen dem zu: 79,8 bzw. 69,2 Prozent.

Vor dem Hintergrund dieser ausgeprägten Unzufriedenheit erklärt sich auch ein Ergebnis, das zur Besorgnis Anlass geben kann: Die Aussage „Ich finde, eine starke Hand müsste wieder mal Ordnung in unseren Staat bringen“ erhält große Zustimmung. 35,3 Prozent der Jugendlichen finden, diese Aussage „trifft völlig zu“, und noch 20 Prozent entscheiden sich für „trifft ziemlich zu“. Nur 11,1 Prozent meinen, die Aussage „trifft wenig zu“, und 9,6 Prozent sagen, sie „trifft gar nicht zu“. Das scheint für eine ins rechte politische Spektrum tendierende Strömung unter den Jugendlichen zu sprechen.

Ob aber die eindeutig hohe Zustimmung zu dieser Aussage tatsächlich ein Anzeichen für eine rechtsextreme politische Orientierung ist, lässt sich nicht eindeutig beantworten. Denn aus den Antworten auf die Frage, wie sich die Kinder und Jugendlichen auf einer Links-Rechts-Skala (von 0 = links bis

10 = rechts) selbst einschätzen, ergibt sich ein Mittelwert von 4,2, also links von der Mitte. Im linken Spektrum (zwischen 0 und 4) positionieren sich 44,2 Prozent der Befragten, während es im rechten Spektrum (zwischen 6 und 10) nur 19,4 Prozent sind. Auch wenn die Extremwerte (0 und 10) betrachtet werden, liegen die sich ganz links Einschätzenden mit 10,7 Prozent weit über denjenigen, die sich ganz rechts verorten (mit 3,6 Prozent). Zusammengefasst heißt das: Im linken politischen Spektrum positionieren sich mehr als doppelt so viele Jugendliche wie im rechten.

Es ist dabei zu bedenken, dass offenbar viele Jugendliche Verständnisschwierigkeiten mit den politischen Begriffen „links“ und „rechts“ haben. Auch lässt sich empirisch kein starker Zusammenhang zwischen der politischen Selbsteinschätzung und der Mitwirkungsintensität feststellen. In der politischen Realität scheint die herkömmliche Einteilung ebenfalls unklar geworden zu sein. Aus diesem Grunde ist eher anzunehmen, dass vor dem Hintergrund einer stark ausgeprägten Unzufriedenheit mit der aktuellen gesellschaftlichen und politischen Situation in Deutschland bei einer stattlichen Mehrheit der Kinder und Jugendlichen der Wunsch nach mehr Ordnung im Staat und nach eindeutiger Orientierung in der Gesellschaft vorherrscht. Damit dies nicht zum Einfallstor für extremistische Ideologien wird, gilt es, das Vertrauen der Kinder und Jugendlichen in die Politik und in den Staat dadurch zu festigen, dass mehr und attraktivere Möglichkeiten zu einer ernsthaften und in den Ergebnissen wie im Prozess zufriedenen Partizipation geschaffen werden. Dies wird auch dadurch unterstrichen, dass die negativen Einschätzungen der Kinder und Jugendlichen zur Politik offenbar nicht mit einem allgemeinen Desinteresse an gesellschaftspolitischem Engagement einhergehen. Vielmehr geben 78 Prozent der Befragten an, sich bei attraktiveren Teilnahmeangeboten und besseren Rahmenbedingungen stärker einbringen zu wollen.

Beteiligung kann man lernen

Neben einer Beschreibung des Ist-Zustandes lassen die Befragungsergebnisse eine tiefer gehende Analyse zu. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, welche Faktoren ausschlaggebend für Umfang und Intensität der Betei-

ligung von Kindern und Jugendlichen sind. Dazu wurde untersucht, in welchem Maße die Partizipationsintensität in der Familie, in Schule und Freizeit, die Zufriedenheit mit bisherigen Partizipationserfahrungen am Wohnort, die allgemeine Lebenszufriedenheit, eine mögliche intrinsische Motivation zur Partizipation, ein konkreter Veränderungswille, eine hohe Attraktivität der Partizipationsangebote, das individuelle politische Interesse, die Politikzufriedenheit, das subjektive Qualifikationsempfinden in Bezug auf Partizipation, mögliche Zeitrestriktionen, die Einbindung in Vereine, der Informationsstand bezüglich der Partizipationsangebote am Wohnort, die Bestätigung aus dem sozialen Umfeld sowie die Partizipationsaffinität des Freundeskreises das individuelle Partizipationsverhalten beeinflussen.

Die Studie identifiziert sieben Faktoren, welche die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im kommunalen Gemeinwesen nachweislich stärken. Demnach hängt die Mitwirkung der jungen Menschen wesentlich von positiven Partizipationserfahrungen in Schule, Verein und Kommune ab. Außerdem sind der Informationsstand über die lokalen Beteiligungsangebote sowie das Zutrauen in die eigenen Kompetenzen ausschlaggebend für die Mitsprache der Kinder und Jugendlichen. Ein engagierter Freundeskreis sowie der eigene Wunsch, etwas verändern zu wollen, motivieren darüber hinaus, sich schon früh für das Gemeinwesen einzusetzen.

Daraus können Handlungsempfehlungen für eine Stärkung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen im kommunalen Gemeinwesen abgeleitet werden. Ein zentraler Faktor dabei ist die Zufriedenheit mit bisherigen Partizipationserfahrungen am Wohnort. Die Zufriedenheit bezieht sich sowohl auf den Partizipationsprozess als auch auf das -ergebnis. Zufriedenheit ist stets das Ergebnis eines individuellen Abgleichs zwischen Erwartungen und Erleben. Es gilt deshalb zunächst, die Erwartungen von Kindern und Jugendlichen an den Beteiligungsprozess sowie an das Ergebnis zu ermitteln und die lokalen Partizipationsangebote darauf auszurichten. Darüber hinaus sollte die Zufriedenheit von Kindern und Jugendlichen mit Partizipationsprojekten kontinuierlich erfasst und evaluiert werden, um darauf aufbauend Verbesserungspotenziale zu identifizieren. Da Zufriedenheit nur

in Bezug auf selbst erlebte Partizipation entstehen kann, ist die Sicherstellung der Partizipationszufriedenheit primär ein Instrument zur Intensivierung der Mitwirkung bereits partizipierender Kinder und Jugendlicher, weniger aber zur Heranführung bislang partizipationsferner Zielgruppen.

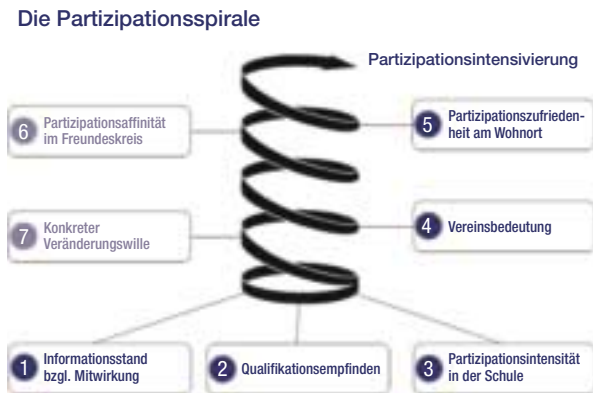
In diesem Zusammenhang richtet sich der Blick auf den Informationsstand bezüglich der Mitwirkungsmöglichkeiten, das subjektive Qualifikationsempfinden, die Einbindung in Vereine sowie die Partizipationsintensität in der Schule. Es gilt also, die Partizipationsangebote am Wohnort zielgruppengerecht zu kommunizieren, sodass Kinder und Jugendliche ihre Beteiligungsmöglichkeiten kennen und über aktuelle Projekte und Vorhaben informiert sind. Wesentlich ist außerdem, durch gezielte Angebote die Partizipationskompetenz von Kindern und Jugendlichen und damit das subjektive Qualifikationsempfinden zu stärken. Darüber hinaus sprechen die empirischen Ergebnisse für eine Einbeziehung der örtlichen Vereine in kommunale Partizipationsprojekte. Schließlich ist auch die Partizipationsintensität in der Schule ein Faktor, um Kinder und Jugendliche an Beteiligungsprojekte am Wohnort heranzuführen. Hier scheint besonders eine stärkere Vernetzung der Angebote von Schule und kommunaler Jugendarbeit Erfolg versprechend.

Hingegen sind die Faktoren „Partizipationsaffinität des Freundeskreises“ und „konkreter Veränderungswille“ zwar bedeutsam für Umfang und Intensität des Partizipationsverhaltens von Kindern und Jugendlichen, entziehen sich aber weitgehend einer direkten Beeinflussbarkeit.

Insgesamt lassen sich die Handlungsempfehlungen aus den Ergebnissen des Jugendlichenmodells in Form einer Partizipationsspirale darstellen (*Abbildung 2*). Hierbei dienen der Informations- und Qualifikationsstand der Kinder und Jugendlichen sowie zielgruppengerechte, mit Schule und Vereinen vernetzte Partizipationsangebote als Einstieg in eine Mitwirkung am Wohnort, die dann über positive Partizipationserfahrungen (Zufriedenheit) als sich selbst verstärkender Prozess seine Fortsetzung findet.

Die Bertelsmann Stiftung wird auf der Basis dieser Ergebnisse in den nächsten zwei

Abbildung 2: Die Partizipationsspirale



Quelle: Bertelsmann Stiftung (Anm. 6).

Jahren gemeinsam mit den Städten Essen, Leipzig und Saalfeld neue Wege bei der Partizipation von Kindern und Jugendlichen erproben. Im Rahmen der Praxisphase der Initiative „mitWirkung!“ sollen dabei in den drei Modellstädten wirksame Strukturen zur nachhaltigen Beteiligung junger Menschen entwickelt und verankert werden. Dabei wird vor allem auf die Qualifizierung und Begleitung der lokalen Akteure gesetzt. In allen drei Städten werden Mitarbeiter der Kommunalverwaltungen, Jugendarbeiter und Lehrer zu Prozessmoderatoren für Kinder- und Jugendbeteiligung ausgebildet. Durch das Angebot regelmäßiger Beteiligungstrainings in Schulen und Jugendeinrichtungen wird außerdem die Partizipationskompetenz der jungen Menschen gezielt aufgebaut und gestärkt. Parallel dazu sollen der interkommunale Austausch und die Vernetzung der Kommunalpolitik durch gemeinsame Fachveranstaltungen und Foren gefördert werden.

Die Erkenntnisse der Initiative „mitWirkung!“ werden systematisch gebündelt und an Entscheider in Kommunen, Ländern und im Bund sowie an Vereine und Verbände weitergegeben.

Holger Backhaus-Maul

Gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen

Alter Wein in neuen Schläuchen? Moderne oder, wie manche meinen, modische Themen werfen die Frage auf, was ist alt und was ist neu? Und wenn es neu ist, ergibt es Sinn und stiftet es Nutzen?

Gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen ist in Deutschland kein neues, sondern ein ausgesprochen traditionsreiches Thema. Gutes zu tun war für viele religiös geprägte und gesellschaftspolitisch inspirierte Unternehmerpersönlichkeiten und deren bisweilen unterschätzte Ehefrauen jahrzehntelang eine gepflegte kulturelle Selbstverständlichkeit.

Holger Backhaus-Maul

Soziologe und Verwaltungswissenschaftler, geb. 1960; wiss. Mitarbeiter an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Vorstandmitglied der Aktiven Bürgerschaft e.V. holger.backhaus-maul@paedagogik.uni-halle.de www.aktive-buergerschaft.de

In Deutschland sind es vor allem kleinere und mittlere Unternehmen, und hier vor allem Handwerksbetriebe, die sich besonders engagieren.¹ Die inhaltliche Ausrichtung ihres Engagements ist zumeist diffus und basiert in der Regel auf persönlichen Kontakten vor Ort. Diese Unternehmen verhalten sich bisweilen wie Bürger, und manchmal gehen beide Rollen ineinander über und die Konturen verwischen. Dieses Engagement ist verlässlich, eine kulturelle Selbstverständlichkeit und „ein Stück gelebte soziale Marktwirtschaft“.² Insofern ist es in hohem Maße lüb-

¹ Vgl. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen, Gütersloh 2005; Frank Maaß, Corporate Citizenship als partnerschaftliche Maßnahme von Unternehmen und Institutionen, in: Institut für Mittelstandsforschung (Hrsg.), Jahrbuch zur Mittelstandsforschung, Bonn 2005.

² Vgl. Forsa/Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen, „Corporate Social Responsibility“ in Deutschland, Berlin 2005.

lich und nicht zu kritisieren, aber es hat zugleich auch seine Grenzen: Es ist – in einem umfassenden und politischen Sinn – kein gesellschaftliches Engagement.

Politische Leitorientierungen

Im Zuge der „nachholenden“ Globalisierung von Deutungen und Interpretationen wirtschaftlichen Handelns in Deutschland erfährt die gesellschaftliche Rolle von Unternehmen besondere Aufmerksamkeit. Spätestens seit Anfang der achtziger Jahre wurde vor allem in den USA mit dem Begriff Corporate Citizenship über die Rolle von Unternehmen in der Gesellschaft diskutiert.¹³ Unter den Bedingungen einer marktliberalen Gesellschaft werden Unternehmen als Corporate Citizens – als Unternehmens-Bürger – weitgehende gesellschaftspolitische Rechte eingeräumt und entsprechende Verantwortungen zugewiesen. In der Corporate Citizenship-Debatte geht es folglich um die Rolle von Unternehmen in der Gesellschaft bzw. die Umweltbezüge von Unternehmen und ausdrücklich nicht um eine gesellschaftspolitische Bewertung innerbetrieblicher Abläufe. Die Corporate Citizenship-Debatte geht der Frage nach, wie sich in Unternehmen das Verständnis und die Vorstellungen von Gesellschaft entwickeln und wie sie ihre gesellschaftliche Position und Rolle deuten. Das jeweilige Gesellschaftsbild von Unternehmen ist einerseits nationalstaatlich und -kulturell geprägt und verweist andererseits auf Erfahrungen mit globalen Wettbewerbsbedingungen und Aus Handlungsprozessen.¹⁴ In diesem Sinne ist die wissenschaftliche Corporate Citizenship-Debatte und -Forschung in Deutschland in erster Linie sozialwissenschaftlich, insbesondere soziologisch und politikwissenschaftlich, ausgerichtet.¹⁵

¹³ Vgl. Holger Backhaus-Maul, Corporate Citizenship – liberale Gesellschaftspolitik als Unternehmensstrategie in den USA, in: Frank Adloff/Ursula Birsl/Philipp Schwertmann (Hrsg.), *Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Theoretische und empirische Perspektiven*. Jahrbuch für Europa- und Nordamerika-Studien, Wiesbaden 2005.

¹⁴ Vgl. André Habisch/Jan Jonker/Martina Wegner/René Schmidpeter (eds.), *Corporate Social Responsibility across Europe*, Berlin – Heidelberg – New York 2005.

¹⁵ Vgl. Judith Polterauer, Corporate Citizenship: Systemfunktionalistische Perspektiven, in: F. Adloff u. a. (Anm. 3); Frank Heuberger/Maria Oppen/Sabine Reimer, *Der deutsche Weg zum bürgerschaftlichen Engage-*

ment von Unternehmen, Bonn 2004; Gerd Mutz/Susanne Korfmacher, Sozialwissenschaftliche Dimensionen von Corporate Citizenship in Deutschland, in: Holger Backhaus-Maul/Hasso Brühl (Hrsg.), *Bürgergesellschaft und Wirtschaft – zur neuen Rolle von Unternehmen*, Berlin 2003.

Im Unterschied dazu ist der Begriff Corporate Social Responsibility (CSR), der seit Ende der neunziger Jahre im Mittelpunkt der europäischen Debatte steht, weiter gefasst.¹⁶ Mit diesem Begriff werden sowohl innerbetriebliche Prozesse und Entscheidungen als auch die Umweltbezüge von Unternehmen im Hinblick auf ihre gesellschaftlichen Auswirkungen thematisiert: Die Einhaltung von Menschenrechten sowie von arbeits- und sozialrechtlichen Regelungen, der schonende Umgang mit natürlichen Ressourcen und die Formulierung und Einhaltung ethischer Standards sind typische CSR-Themen. Besondere Aufmerksamkeit finden dabei wirtschaftliche Nutzenerwägungen, die Formulierung und Operationalisierung von CSR-Kriterien sowie deren Messung und Evaluation. In Deutschland ist die Corporate Social Responsibility-Debatte und -Forschung wirtschaftswissenschaftlich, insbesondere betriebswirtschaftlich, ausgerichtet.¹⁷ In der CSR-Perspektive werden unternehmerische Entscheidungen und Prozesse im Hinblick auf ihre gesellschaftliche Bedeutung und mögliche Auswirkungen diskutiert und bewertet. Damit eröffnet die CSR-Perspektive weitgehende Einblicke in innerbetriebliche Abläufe und ermöglicht deren gesellschaftspolitische Bewertung. Gleichwohl bleiben die zugrunde liegenden Vorstellungen von Gesellschaft in der CSR-Debatte merkwürdig konturenlos. Staat, Bürger und Nonprofit-Organisationen wirken darin wie Fremdkörper, denen allenfalls ordnungspolitisch definierte Positionen zugewiesen wer-

gement von Unternehmen, Bonn 2004; Gerd Mutz/Susanne Korfmacher, Sozialwissenschaftliche Dimensionen von Corporate Citizenship in Deutschland, in: Holger Backhaus-Maul/Hasso Brühl (Hrsg.), *Bürgergesellschaft und Wirtschaft – zur neuen Rolle von Unternehmen*, Berlin 2003.

¹⁶ Vgl. Europäische Kommission/Generaldirektion Beschäftigung und Soziales, *Europäische Rahmenbedingungen für die soziale Verantwortung der Unternehmen*. Grünbuch, Brüssel 2001.

¹⁷ Vgl. Franz Liebl, Wie verkauft man mit „Gemeinwohl“, in: Herfried Münkler/Karsten Fischer (Hrsg.), *Gemeinwohl und Gemeinsinn, Rhetoriken und Perspektiven sozial-moralischer Orientierung*, Berlin 2002; Henry Schäfer/Axel Hauser-Ditz/Elisabeth C. Preller, *Transparenzstudie zur Beschreibung ausgewählter international verbreiteter Rating-Systeme zur Erfassung von Corporate Social Responsibility*, Gütersloh 2004; Bernhard Seitz, *Corporate Citizenship: Zwischen Idee und Geschäft*, in: Josef Wieland/Walter Conradi (Hrsg.), *Corporate Citizenship. Gesellschaftliches Engagement – unternehmerischer Nutzen*, Marburg 2002.

den. Im Unterschied dazu dunkelt der Corporate-Citizenship-Begriff die Sphäre betrieblicher Prozesse und Entscheidungen ab und rückt die Rolle von Unternehmen in der Gesellschaft in den Mittelpunkt der Betrachtung.

Im Kern geht es in beiden Debattensträngen, das heißt sowohl bei Corporate Citizenship als auch Corporate Social Responsibility, einerseits um eine strategische Verknüpfung von wirtschaftlichem Handeln und gesellschaftlichem Engagement und andererseits um zeitgemäße Instrumente und Formen gesellschaftlicher Verantwortungsübernahme durch Unternehmen, sei es etwa in Form von Geld- und Sachspenden oder als Mitarbeiterengagement.¹⁸

Beide Stränge der globalen Debatte über die gesellschaftliche Rolle von Unternehmen sind in Deutschland relativ spät und „zurückhaltend“ rezipiert worden.¹⁹ So wurde in den neunziger Jahren – im außerwissenschaftlichen Kontext – etwa argumentiert, dass es sich um ausländische, insbesondere US-amerikanische Erfahrungen handeln würde, die sich auf die spezifische deutsche Situation nicht übertragen ließen, oder dass mit vermeintlich „modischen“ Begriffen, wie Corporate Citizenship und Corporate Social Responsibility, gesellschaftliche Phänomene beschrieben werden würden, die seit Jahrzehnten fester Bestandteil der traditionsreichen deutschen Unternehmenskultur seien.

Veränderte Rahmenbedingungen erfolgreichen wirtschaftlichen Handelns

Aber hierzulande erfährt seit einigen Jahren gepflegte „philanthropische“ Tradition oder „bewährte Routine“ gesellschaftlicher Verantwortungswahrnehmung von Unterneh-

¹⁸ Vgl. Bradley Googins, The Journey towards Corporate Citizenship in the United States, in: Journal for Corporate Citizenship, 5 (2002) 1, S. 85–101; Susanne Lang/Frank Solms Nebelung, Geschäftsstrategie Verantwortung. Corporate Citizenship als Business Case, Bonn 2004.

¹⁹ Vgl. die Beiträge in H. Backhaus-Maul/H. Brühl (Anm. 5); Reinhard Lang, Das bürgerschaftliche Engagement von Unternehmen in Deutschland – eine Bestandsaufnahme, in: Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ (Hrsg.), Bürgerschaftliches Engagement und Erwerbsarbeit, Opladen 2002.

men durch zwei grundlegende Veränderungen besondere Dynamik: erstens durch die Globalisierung des Wirtschaftens und zweitens durch den Wandel des nationalen Sozialstaates.

Globalisierung des Wirtschaftens

Die Globalisierung des Wirtschaftens forciert die gesellschaftliche Verantwortungsübernahme von Unternehmen als Teil der wirtschaftlichen Unternehmensstrategie. Gesellschaftliches Engagement ist für global tätige Unternehmen eine Strategie zur sozialen Verankerung an Betriebsstandorten und darüber hinaus in Gesellschaften, in denen man produziert und verkauft. So ist etwa für zahlreiche global tätige US-amerikanische Unternehmen gesellschaftliches Engagement ein integraler Bestandteil der Firmenstrategie. Und in Großbritannien – um ein weiteres Land mit strategisch ausgerichtetem Unternehmensengagement zu nennen – zeigt die gesellschaftliche Verantwortungsübernahme von Unternehmen als Teil der wirtschaftlichen Unternehmensstrategie eine andere Ausprägung. Die Unternehmen engagieren sich im Sinne eines Community Involvements gezielt an den Betriebsstandorten. Unternehmerisches Engagement bedeutet hier, kommunalpolitisch mitzugestalten und mitzuentcheiden.

In diesem Sinne werden Corporate Giving, das heißt Geld- und Sachspenden, und Corporate Volunteering, das heißt die Bereitstellung von Personalressourcen für Engagementprojekte, als ein Investment in Social Capital¹⁰ verstanden: Das gesellschaftliche Engagement von Unternehmen zielt in erster Linie darauf ab, Sozialkontakte und Netzwerke zu schaffen, also Sozialkapital zu bilden. In modernen Gesellschaften ist Sozialkapital *das* Nadelöhr bzw. ein knappes, wertvolles und ungleich verteiltes Gut.¹¹ Und dort, wo Sozialkapital vorhanden ist und gepflegt wird, ist die Einwerbung finanzieller Ressourcen erfahrungsgemäß eine vergleichs-

¹⁰ Vgl. Robert D. Putnam, Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy, Princeton 1993.

¹¹ Vgl. Claus Offe/Susanne Fuchs, Schwund des Sozialkapitals? Der Fall Deutschland, in: Robert D. Putnam (Hrsg.), Gesellschaft und Gemeinsinn. Sozialkapital im internationalen Vergleich, Gütersloh 2001; Sebastian Braun, Soziales Kapital, sozialer Zusammenhalt und soziale Ungleichheit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APUZ), (2002) 29–30, S. 6–12.

weise leicht zu bewältigende Herausforderung.

Vor dem Hintergrund einer forcierten Globalisierung des Wirtschaftens bleibt – insbesondere für die deutsche Diskussion – festzuhalten, dass gesellschaftliches Engagement von Unternehmen nach wie vor auf freiwilliger Initiative basiert. Engagierte Unternehmen verstehen sich folglich nicht als Ausfallbürgen des Staates. Gesellschaftliches Engagement wird vielmehr als gesellschaftspolitische Partizipation und Einmischung aufgefasst, wobei dieses Engagement nicht als Ausdruck einer diffusen Gemeinwohlorientierung oder als schmückendes Beiwerk philanthropischen Unternehmerhandelns, sondern als ein integraler Bestandteil der wirtschaftlich begründeten Unternehmensstrategie zu verstehen ist.

Wandel des nationalen Sozialstaates

In Deutschland ist ein vielfach hinausgezögerter Wandel der Staatlichkeit zu beobachten und zu erleben. Manche meinen, es würde sich um den Rückzug des Staates handeln. Da sozialstaatliche Veränderungen institutionellen Entwicklungspfaden folgen und nicht eine Abfolge abrupter Systemwechsel sind, ist es angemessener, von einer Veränderung des Staates zu sprechen. Gleichzeitig sind aber auch Wandlungen im Selbstverständnis und im Handeln von Unternehmen, Bürgern und gemeinnützigen Organisationen festzustellen. Im gesellschaftlichen Gefüge kommt es zu einer Neuverteilung von Rechten und Verantwortung zwischen Staat, Bürgern, gemeinnützigen Organisationen und nicht zuletzt Unternehmen.

Ein konventionell denkendes Unternehmen würde unter Verweis auf das deutsche Sozialstaatsmodell verkünden, wir zahlen Beiträge und Steuern und bilden aus, damit ist der sozialen Verantwortung Genüge getan. Diese Argumentationsfigur wird zum Auslaufmodell. Es ist zu erwarten, dass Unternehmen künftig weniger Steuern zahlen werden und auch bei den Beiträgen zu den Sozialversicherungen mit weiteren Entlastungen rechnen können. Diese finanziellen Entlastungen wiederum lassen einen weiteren Bedeutungsverlust des Staates erwarten. Im Zuge dessen werden die politischen und gesellschaftlichen Anforderungen an Unternehmen – unter gleichzeitig verschärften globa-

len Wettbewerbsbedingungen – öffentlich vernehmbar steigen.

Gesellschaftspolitisch geht es im Wesentlichen um nichts Geringeres als einen neuen Welfare Mix, das heißt eine neue Rollenverteilung zwischen Staat, Bürgern, Nonprofit-Organisationen und Unternehmen. Diese wurde in Deutschland früher mit einem so sperrigen Begriff wie Subsidiarität umschrieben und war etwa konstitutiv für genossenschaftliche Unternehmen.¹² Äußerst bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass sich in Deutschland Regierungen und Parteien mit Regulierungsüberlegungen in Fragen des gesellschaftlichen Engagements von Unternehmen bisher weitgehend zurückgehalten haben. So können gesellschaftlich engagierte Unternehmen nach wie vor mit einem beachtlich breiten politischen Wohlwollen rechnen, das allenfalls saisonal bedingt von „Warnhinweisen vor Insektenplagen“ überlagert wird.

Angesichts dieser günstigen politischen Bedingungen eröffnen sich für Unternehmen weitreichende Gestaltungsspielräume bis hinein in Kernbereiche hoheitlichen Handelns. So verdeutlicht das seit Jahren zunehmende Engagement von Unternehmen und Unternehmensberatungen an deutschen Schulen die Chancen und auch Risiken einer engagementpolitischen Mitgestaltung und -entscheidung von Unternehmen im Kernbereich der Kulturhoheit der Länder. Unternehmen übernehmen vielerorts – vor dem Hintergrund gravierender Ressourcenmängel – eine Führungsrolle bei der Unterrichts- und Lehrplangestaltung in Fragen des Wirtschaftens. Damit können einerseits wichtige Lücken im Lehrangebot geschlossen werden, andererseits kann es aber auch zu einer einseitigen Einflussnahme auf Lehrinhalte und schulische Abläufe, einer Begünstigung be-

¹² In diesem Zusammenhang sei nur auf die Volksbanken und Raiffeisenbanken, die EDEKA als größtem Lebensmitteleinzelhandelsunternehmen in Deutschland und die zahlreichen lokalen Wohnungsbaugenossenschaften verwiesen; vgl. Stefan Nährlich, Bürgerstiftungen als Ausdruck modernen Corporate Citizenships, in: ders. u. a. (Hrsg.), EDEKA Juniorengruppe (Hrsg.), 75 Jahre EDEKA Juniorengruppe e.V., Hamburg 2005. Bürgerstiftungen in Deutschland, Wiesbaden 2005; Genossenschaftsforum (Hrsg.), Bürgerschaftliches Engagement als genossenschaftliche Ressource, Berlin 2003.

reits privilegierter Schulen und auch zu einer Zweckentfremdung von Unterricht zur Nachwuchsrekrutierung kommen. Bereits an diesem einen Beispiel wird deutlich, dass für Unternehmen neuartige und weitreichende gesellschaftspolitische Mitentscheidungs- und Gestaltungsmöglichkeiten entstehen, die staatlich kaum noch zu steuern und nur bedingt zu regulieren sind, gleichzeitig aber – im Sinne der Idee einer Bürgergesellschaft – auch nicht öffentlich diskutiert zu werden scheinen.

Und Deutschland heute?

Was lässt sich in Deutschland vor dem Hintergrund einer konventionellen Engagementtradition in Zeiten globalen Wirtschaftens und sozialstaatlichen Wandels auf Unternehmensseite allgemein beobachten?

Auf neue Herausforderungen im Bereich des Engagements von Unternehmen wird in Deutschland zumeist reflexartig reagiert:

Erstens: Das jeweilige Unternehmen – so wurde etwa verkündet – sei schon seit eh und je engagiert. Begriffe wie Corporate Citizenship und Corporate Social Responsibility seien schlicht „alter Wein in neuen Schläuchen“.

Zweitens: Zuweilen wurde behauptet, dass gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen bedeute, Ausbildungs- und Erwerbsarbeitsplätze zu schaffen sowie Steuern- und Sozialversicherungsbeiträge zu zahlen.

Drittens: Oder es wurde leicht apodiktisch festgestellt, dass das jeweilige Unternehmen allein wirtschaftliche Zwecke verfolge und gesellschaftliches Engagement daher nicht seine Aufgabe sei.

Und die deutsche Öffentlichkeit? Sie kultiviert seit Jahrzehnten mehrheitlich ein eindimensionales Unternehmensbild: Unternehmen erzeugen soziale, kulturelle und ökologische Missstände und verursachen Lasten; rücksichtsloser Arbeitsplatzabbau, ausbeuterische Kinderarbeit und Risiken für das Weltklima sind einige der Stichworte.¹³ Sie beschreiben Ausschnitte aus der Wirklichkeit,

¹³ Vgl. Bundesverband Verbraucherinitiative (Hrsg.), Verantwortlich Produzieren und Konsumieren – Me-

aber langfristige und relativ unspektakuläre Entwicklungen einer sukzessiven gesellschaftlichen Verantwortungsübernahme von Unternehmen geraten leicht aus dem Blick, zumal sie nicht in Form von Skandalen medientauglich kommuniziert werden können. Und wenn öffentlich über eine gesellschaftliche Verantwortungsübernahme von Unternehmen berichtet wird, dann geschieht dieses zumeist anhand zufällig ausgewählter Best-Practice-Beispiele, die in zahlreichen Preisverleihungen belobigt werden, aber letztlich keinen tieferen gesellschaftspolitischen Sinn und Zusammenhang erkennen lassen.

In den aktuellen Diskussionen über Corporate Citizenship, Corporate Social Responsibility und gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen lassen sich grundlegende gesellschaftspolitische Veränderungen ausmachen (wissenschaftliche Untersuchungen hierzu gibt es in Deutschland nicht), denen zufolge Unternehmen sich auf der Suche nach einer neuen gesellschaftlichen Rolle im Spannungsfeld zwischen staatlicher und supranationaler Standardisierung einerseits und marktwirtschaftlicher Selbstregulierung andererseits befinden. In fast allen Branchen praktizieren Einzelunternehmen die ihnen verstärkt zufallende neue gesellschaftliche Verantwortung. Diese „Pioniere“ engagieren sich freiwillig, sind gesellschaftspolitisch ambitioniert und verknüpfen ihr Engagement mit wirtschaftlichen Unternehmenszielen.

Engagierte Unternehmen in der Bürgergesellschaft

Der Begriff der Zivilgesellschaft bzw. seine deutsche Übersetzung der Bürgergesellschaft wird landläufig als ehrenamtliches, freiwilliges und bürgerschaftliches Engagement von Privatpersonen umschrieben. In diesem Zusammenhang wird seit der Arbeit der Bundestagsenquetekommission zur Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements auch das gesellschaftliche Engagement von Unternehmen in seinen sozialen, kulturellen und sonstigen Umweltbezügen diskutiert.¹⁴ Geld- und

morandum zur Transparenz der Unternehmensverantwortung, Berlin 2005.

¹⁴ Vgl. Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“, Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Bericht, Berlin 2002.

Sachspenden sowie tätiges Engagement von Unternehmensmitarbeitern sind Ausdruck dieses unternehmerischen Selbstverständnisses als Corporate Citizen: „Corporate Citizenship ist das gesamte über die eigentliche Geschäftstätigkeit hinausgehende Engagement des Unternehmens zur Lösung gesellschaftlicher Probleme. Es ist der Versuch, ein Unternehmen auf möglichst vielfältige Weise positiv mit dem Gemeinwesen zu verknüpfen, in dem es tätig ist. Das Unternehmen soll sich wie ein guter Bürger für die Gemeinschaft engagieren, es soll ein good Corporate Citizen sein.“¹⁵ Das gesellschaftliche Engagement von Unternehmen ist mit ihren wirtschaftlichen Zielen verknüpft und in die Unternehmensstrategie integriert. Unternehmen, die sich bürgerschaftlich engagieren, verstehen Corporate Citizenship als Investitionen in die Zukunft, die geeignet sind, das Verhältnis von Wirtschaft und Gesellschaft zu verbessern und auch soziale Spannungen abzubauen.¹⁶

Eine so verstandene unternehmerische Corporate Citizenship-Strategie richtet sich vor allem an Mitarbeiter und deren Angehörige, Pensionäre, Zulieferer und sonstige Auftragnehmer, Tochterunternehmen sowie an Verwaltungen und Bürger an den Betriebsstandorten, an Kunden, die Medien und die allgemeine Öffentlichkeit.¹⁷ Des Weiteren kooperieren Unternehmen mit externen Partnern wie Bildungs-, Sozial- und Kultureinrichtungen, Bürgerinitiativen, Verbänden und mit der Politik, um „konkrete Probleme ihres gesellschaftlichen Umfeldes zu lösen, hier also eine Art Pfadfinderfunktion auszuüben. Corporate Citizens bringen dabei nicht nur Geld, sondern auch Mitarbeiterengagement, fachliches Know-how, Organisationstalent, Informationen in diese Kooperation ein.“¹⁸

Die Vielfalt der unternehmerischen Möglichkeiten, auf das gesellschaftliche Umfeld

¹⁵ Achim Westebbe/David Logan, *Corporate Citizenship. Unternehmen im gesellschaftlichen Dialog*, Wiesbaden 1995, S. 13.

¹⁶ Vgl. *Aktive Bürgerschaft* (Hrsg.), *Corporate Citizenship*, in: www.aktive-buergerschaft.de/vab/arbeitsbereiche/corporatecitizenship (10. 8. 2005).

¹⁷ Vgl. A. Westebbe (Anm. 15), S. 18 ff.

¹⁸ Vgl. André Habisch, *Corporate Citizenship. Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen in Deutschland*, Berlin 2003, S. 1.

gestaltend Einfluss zu nehmen, aber auch die hohen Erwartungen seitens der Öffentlichkeit, erfordern von Unternehmen bei der Planung und der Durchführung von Corporate Citizenship-Aktivitäten neuartige Kompetenzen und Kooperationsfähigkeiten und nicht zuletzt Sensibilität „im Umgang mit dem Fremden“.

In Deutschland hingegen ist die Corporate Citizenship-Praxis vielmehr von Zufälligkeiten, Spontaneität und auch Semiprofessionalität gekennzeichnet: „Das Bild eines ungeordneten Sammelsuriums von Abteilungen, Zielgruppen, Themen, Förderarten zeichnet die Realität in vielen Unternehmen. Wo etwa das Konzept eines Corporate Citizenship Berichtes mit der Praktikantin wechselt, die ihn zusammengeschrieben hat, da sind noch nicht alle Potenziale einer professionellen Behandlung des Themas wirklich ausgeschöpft.“¹⁹ Diese bisweilen unübersichtliche Gemengelage ist durchaus auch positiv zu bewerten, wenn man in Rechnung stellt, dass es sich um nichts Geringeres als Suchbewegungen von Unternehmen in der Bürgergesellschaft handelt.

Bürger als Stakeholder

Eine Vielzahl deutscher Unternehmen bewegt sich im Qualitätssegment und würde kaum wirtschaftliche Erfolgsaussichten haben, wenn sie auf billige Produkte setzen würde. Unternehmer, die nur auf den Faktor Kosten schauen, verdienen Artenschutz, sind vom Aussterben bedroht. „Kluges“ Führungspersonal hat auch andere Faktoren im Blick. Bei Qualitätsprodukten sind Unternehmen rasch und selbstverständlich mit „kritischen“ Fragen konfrontiert, die sich auf das Produkt und seinen Produktionsprozess richten. Besondere Aufmerksamkeit verdienen dabei die Anforderungen anspruchsvoller Konsumenten.²⁰ Sie fragen, woher das Produkt kommt, welche Qualität und welchen Preis es hat. Als Stakeholder fungieren aber auch gesellschaftliche Gruppen wie etwa Bürgerinitiativen und Interessenverbände, deren Forderungen nicht auf den wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb des Unternehmens beschränkt sind. Diese Stakeholder haben in einem weiten Sinne politische Ansprüche an

¹⁹ Ebd.

²⁰ Vgl. die Beiträge in Heft 4 (2005) des *Forschungsjournals Neue Soziale Bewegungen*.

das Unternehmen.¹²¹ „Die Unternehmung wird nicht mehr als private Veranstaltung, sondern als öffentlich exponierte Organisation verstanden.“¹²²

Nimmt ein Unternehmen seine gesellschaftliche Verantwortung nicht oder nur rhetorisch wahr oder verweigert sich sogar dem Diskurs mit Stakeholdern, so ist mit einem Imageverlust und Umsatzeinbußen zu rechnen, wie etwa am Beispiel der inkriminierten Arbeitsbedingungen bei Nike¹²³ oder der angekündigten Versenkung der Bohrinse „Brent Spar“ des Shell-Konzerns deutlich wurde.¹²⁴

Für anspruchsvolle Konsumenten, Bürgergruppen und Nonprofit-Organisationen sind Unternehmen, die sich als Corporate Citizen verstehen und Corporate Social Responsibility für sich reklamieren, zweifelsohne Adressaten erster Wahl. Aber die verschiedenen Stakeholdergruppen werden von Unternehmen in Deutschland immer noch selten als gleichberechtigtes Gegenüber wahrgenommen. Vielmehr dominieren in Deutschland anstelle der viel beschworenen Partnerschaftsrituale und Stakeholderdialoge zumeist immer noch Unternehmensmonologe die Praxis des Corporate Citizenship und der Corporate Social Responsibility.

Es wäre also eine „kluge“ Unternehmensstrategie, mit den einzelnen Stakeholdergruppen in Dialog zu treten.¹²⁵ Selbstverständlich

werden Unternehmen erst einmal Bedenken gegenüber kritischen Fragen und überschwänglichen Erwartungen auf Seiten von Stakeholdergruppen haben. Aber Stakeholderdialoge verfügen über ein hohes Innovationspotenzial, wenn – um ein Beispiel zu nennen – ein Autohersteller den Kontakt mit Umweltinitiativen aufnimmt. Derartige Dialoge können sich positiv auf die Innovationsfähigkeit eines Unternehmens auswirken, etwa wenn es um Energieeffizienz, Schadstoffausstoß und Mobilität geht.

In den vergangenen Jahren haben Kostensenkungen und Effektivitätssteigerungen in vielen Branchen in Deutschland einen erheblichen Preiswettbewerb ausgelöst. In den Branchen und Unternehmen, in denen sich an der „Preisschraube“ – jenseits einer Produktionsverlagerung – „nicht mehr viel drehen lässt“, ist es erforderlich, sich auf andere Art und Weise von Mitbewerbern zu unterscheiden, das heißt vorrangig durch die Qualität des Produktes, die Art und Weise des Produktionsprozesses und die gesellschaftspolitische Rolle des Unternehmens. Als Corporate Citizens verfügen Unternehmen über ein breites Repertoire an Strategien, um Endverbrauchern und anderen Stakeholdern markante Unterschiede deutlich zu machen.¹²⁶ Hier liegt eine Chance, die mittelfristig vielversprechender ist als der lauthals propagierte Geiz der anderen.

¹²¹ Volker Heins, Mächtige Zwerge, umstrittene Riesen – NGOs als Partner und Gegenspieler transnationaler Unternehmen und internationaler Organisationen, in: www.aktive-buergerschaft.de/vab/informationen/schriftenreihe (18. 8. 2005), S. 2.

¹²² Matthias Karmasin, Stakeholderorientierung als Kontext zur Ethik von Medienunternehmen, in: Rüdiger Funiok/Udo F. Schmälzle/Christoph H. Werth (Hrsg.), *Medienethik – die Frage der Verantwortung*, Bonn 1999, S. 187.

¹²³ Vgl. Jonah Peretti/Michele Micheletti, The Nike Sweatshop Email: Political Consumerism, Internet, and Culture Jamming, in: Michele Micheletti/Andreas Follesdal/Dietlind Stolle (Hrsg.), *Politics, Products, and Markets. Exploring Political Consumerism*, New Brunswick–London 2004.

¹²⁴ Vgl. Kaevan Gazdar/Klaus Rainer Kirchhoff, Unternehmerische Wohltaten – Last oder Lust: Vom Stakeholder Value, Corporate Citizenship und Sustainable Development bis Sponsoring, Neuwied 2004.

¹²⁵ Vgl. Frank Ebinger, NGO's im Kontext von Unternehmensverantwortung. Der Dialog von Unternehmen mit seinen Stakeholdern, in: *Ökologisches Wirtschaften*, 19 (2005) 3, S. 43–45; Brigitte Rudolph,

Neue Kooperationsbeziehungen zwischen dem Dritten und dem Ersten Sektor, in: Karl Birkhölzer/Ernst Kistler/Gerd Mutz (Hrsg.), *Der Dritte Sektor. Partner für Wirtschaft und Arbeitsmarkt*, Opladen 2004.

¹²⁶ Vgl. Jörn Lamla, Kontexte der Politisierung des Konsums. Die Zivilgesellschaft in der gegenwärtigen Krisenkonstellation von Politik, Ökonomie und Kultur, in: F. Adloff u. a. (Anm. 3).

APuZ

Nächste Ausgabe

13/2006 · 27. März 2006

20 Jahre Tschernobyl

Swetlana Alexijewitsch

Stimmen aus Tschernobyl

Astrid Sahn

Dimensionen einer Katastrophe

Gerhard Jochum · Wolfgang Pfaffenberger

Die Zukunft der Stromerzeugung

Mojib Latif

Der menschliche Einfluss auf das Klima

Jens Ivo Engels

Umweltgeschichte als Zeitgeschichte

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn.



Redaktion

Dr. Katharina Belwe
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Dr. Hans-Georg Golz
Dr. Ludwig Watzal
Sabine Klingelhöfer
Andreas Kötzing (Volontär)
Telefon: (0 18 88) 5 15-0
oder (02 28) 36 91-0

Internet

www.bpb.de/publikationen/apuz
E-Mail: apuz@bpb.de

Druck

Frankfurter Societäts-
Druckerei GmbH,
60268 Frankfurt am Main

Vertrieb und Leserservice

Die Vertriebsabteilung der
Wochenzeitung **Das Parlament**
Frankenallee 71–81,
60327 Frankfurt am Main,
Telefon (0 69) 75 01-42 53,
Telefax (0 69) 75 01-45 02,
E-Mail: parlament@fsd.de,
nimmt entgegen:

- Nachforderungen der Zeitschrift
Aus Politik und Zeitgeschichte
- Abonnementsbestellungen der
Wochenzeitung einschließlich
APuZ zum Preis von Euro 19,15
halbjährlich, Jahresvorzugspreis
Euro 34,90 einschließlich
Mehrwertsteuer; Kündigung
drei Wochen vor Ablauf
des Berechnungszeitraumes;

Die Veröffentlichungen
in **Aus Politik und Zeitgeschichte**
stellen keine Meinungsäußerung
des Herausgebers dar; sie dienen
lediglich der Unterrichtung und
Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke dürfen
Kopien in Klassensatzstärke herge-
stellt werden.

ISSN 0479-611 X

Bürgerschaftliches Engagement *APuZ* 12/2006

Brigitte Geißel

3-9 **Kritische Bürgerinnen und Bürger – Gefahr für Demokratien?**

Basierend auf Umfragedaten werden Profile nicht kritikbereiter und kritikbereiter Bürgerinnen und Bürger untersucht. Kritikbereite sind politisch informierter, partizipationsfreudiger und stärker mit der Demokratie identifiziert als Nichtkritikbereite.

Thomas Gensicke

9-16 **Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland**

Der zweite Freiwilligensurvey von 2004 zeigt, dass 36 Prozent der Bevölkerung ab 14 Jahren in Deutschland freiwillig engagiert waren (1999: 34 Prozent). Gestiegene Gemeinschaftsaktivität und wachsende Bereitschaft zum freiwilligen Engagement zeigen eine Stärkung der Zivilgesellschaft in Deutschland.

Eckhard Priller · Annette Zimmer

17-24 **Dritter Sektor: Arbeit als Engagement**

Arbeit im Dritten Sektor zeichnet sich durch Strukturbesonderheiten aus. Es werden die wechselseitigen Verbindungen und Abhängigkeiten zwischen bürgerschaftlichem Engagement und bezahlter Beschäftigung untersucht, wobei die integrativen Potenziale der gemeinnützigen Organisationen herausgestellt werden.

R. Fatke · H. Schneider · S. Meinhold-Henschel · M. Biebricher

24-32 **Jugendbeteiligung – Chance für die Bürgergesellschaft**

Eine stärkere Beteiligung von Kindern und Jugendlichen schafft Lernorte für Demokratie und bürgerschaftliches Engagement. Der Beitrag zeigt, wie es um die Partizipation von jungen Menschen in der Schule wie am Wohnort steht, und gibt Handlungsempfehlungen für die kommunale Praxis.

Holger Backhaus-Maul

32-38 **Gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen**

Gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen ist in Deutschland ein traditionsreiches Thema. Im Zuge der Globalisierung erfährt die gesellschaftliche Rolle von Unternehmen aber besondere Dynamik, die sich in innovativen Verknüpfungen von wirtschaftlichem Handeln und gesellschaftspolischem Engagement niederschlägt.